

Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

MIT „FRAUENRECHT“ „JUGENDWACHT“ „RECHTSFRAGEN“

Erscheint jeden Dienstag, Redaktionsschluss Sonnabend.
Verantwortlich für die Redaktion: F. B. C. Weill, Berlin NW 40,
Niedelstr. 3. — Reinsprecher: Ami Hansa 4462 u. 4084.

Verlag: Fr. Krieger, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3.
Druck: Vornarcks Buchdruckerei und Verlagsanstalt
Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Abonnementpreis: 1,50 M. monatlich. Zu beziehen durch die Post
Inserate: Die 8 gespaltene Nonpareilzeile 1 M., bei Arbeitsmarkt,
Gratulationen, aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf.

13. Kongress der Gewerkschaften.

A. L. Hamburg hatte zum zweiten Male die Ehre, in seinen Mauern das Parlament der Arbeit aufzunehmen. Vor zwanzig Jahren tagten die Gewerkschaften im Heim der Hamburger Arbeiterschaft, in der Waffenschmiede, wie es bei der Eröffnung von August Bebel genannt wurde. Damals waren die freien Gewerkschaften noch schwach. Sie verfügten erst über eine Million an Mitgliedern. Heute repräsentieren sie eine große Macht mit weit über 4 Millionen Mitgliedern.

Auf dem Kongress waren die Reichsminister Wissell, Curtius und Severing, der Senat der Stadt Hamburg und viele mit der Gewerkschaftsbewegung in engster Fühlung stehende Körperschaften vertreten.

Im Tätigkeitsbericht verwies der Vorsitzende, Kollege Leipart, auf die großen Aufgaben der Gewerkschaften im wirtschaftlichen und sozialen Leben. Die großen Probleme im Wirtschaftsleben, die Umstellung der Betriebe durch Technisierung und Rationalisierung, wie auch die neuzeitliche Gestaltung des Arbeitsrechts wurden ausführlich behandelt. Es wurde darauf verwiesen, daß die Gewerkschaften nicht nur Lohnpolitik zu betreiben haben, sondern vornehmlich dazu berufen sind, der Arbeiterschaft im Wirtschaftsprozess die ihr gebührende mitbestimmende Stellung zu sichern.

Wohl wurde in der Diskussion von einzelnen Rednern versucht, den Gewerkschaften eine radikalere Note aufzuprägen, jedoch diese Ansichten fielen auf keinen fruchtbaren Boden. Mit den Schlagworten, wie wir sie heute leider noch so häufig auf der Straße oder in den Betrieben gegen die Gewerkschaften und ihre Führer hören, könnte auf dem Kongress kein Resonanzboden gesichert werden. Allgemein wurde dem Bundesvorstand Anerkennung ausgesprochen über die von ihm geleistete Arbeit.

Auch die weiteren Tagesordnungspunkte zeigten die ernsthaften Bestrebungen, die Gewerkschaften für die Umgestaltung in der Wirtschaft vorzubereiten und sie reif zu machen für die Er kämpfung der ihnen gebührenden Stellung bei der Demokratisierung der Wirtschaft. Von diesen Gesichtspunkten aus war auch das hochinteressante Referat über „Die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie“ von Genossen Zaphali getragen. Ganz richtig bemerkte er, daß unter Wirtschaftsdemokratie nicht etwa ein neues Schlagwort zu verstehen sei, das zufälligerweise in der bewegten Zeit in die Debatte geworfen wurde. An Stelle der kapitalistischen Wirtschaft werden bestimmt neue Formen treten bis zur Sozialisierung der Wirtschaft. Der Weg hierzu wird noch lang sein und Stufe um Stufe wird sich in der Wirtschaft an Stelle der Autokratie der kapitalistischen Unternehmer die Demokratie der arbeitenden Menschen setzen. Der Vortrag wurde mit reichem Beifall belohnt und dadurch bewiesen, daß die geeigneten Wege von den Gewerkschaften beschritten werden müssen, um zu dem von ihnen gestellten Ziele zu gelangen.

Ebenfalls war der Vortrag über die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften vom Bundessekretär Heßler von außerordentlich großer Wichtigkeit. Die Umstellung im Bildungswesen, wie sie von den Gewerk-

schaften in den letzten Jahren stürmisch gefordert wurde, könne erst als Anfangsstadium in dieser Entwicklung bezeichnet werden. Neben der gewerkschaftlichen Bildungsaufgabe sei es notwendig, daß dem allgemeinen Bildungswesen seitens der Gewerkschaften die größte Beachtung geschenkt werden muß. Die Gewerkschaften haben ein hohes Interesse daran, das Volks- und Berufsschulwesen im Sinne des republikanischen Staates auszubauen. Hierzu ist die Möglichkeit in der Verfassung der Deutschen Republik gegeben. Das Berufsschulwesen läge noch sehr im argen; es ist noch kein Reichsberufsschulgesetz erlassen worden, und immer ist noch nicht Artikel 145 der Verfassung in die Praxis umgesetzt worden.

Auch bei diesem Referat setzte eine lebhaftere Diskussion ein, bei der die vielfach noch bestehenden Mängel im Schulwesen wie auch in der allgemeinen Bildungsarbeit vorgetragen wurden. Genosse Severing, Reichsminister des Innern, unter lebhaftem Beifall begrüßt, erklärte, daß er aus den Gewerkschaften hervorgegangen sei und auch als Minister Gewerkschafter bleiben werde. Er wünschte, daß zunächst der Bau der Republik feststehen muß. Um das zu erreichen dürfe man aber nicht als Arbeitervertreter kurze Gastrollen in der Regierung geben, sondern man müsse sich mit einer längeren Zeit der Mitarbeit abfinden. Er ist bestrebt, die Technische Nothilfe zu beseitigen, weil sie überflüssig ist und nach seiner Meinung die Gewerkschaften soviel Verantwortungsbewußtsein haben, um selbst ihren Staat zu schützen. Die bisher für die Technische Nothilfe aufgewendeten Gelder werden freigemacht, um Minderbemittelten für Bildungszwecke Unterstützung zur Verfügung zu stellen.

Wir freuen uns, von dieser Seite zu hören, daß mit dem kapitalistischen Spielzeug der Technischen Nothilfe endlich Schluß gemacht wird.

In einer längeren Resolution befandete der Kongress seine Stellungnahme zum Bildungswesen, die wir mit den übrigen Beschlüssen in der nächsten Ausgabe der „Einigkeit“ veröffentlichen werden.

Die Vereinheitlichung und Selbstverwaltung in den Einrichtungen der sozialen Gesetzgebung behandelte Hermann Müller, stellvertretender Bundesvorsitzender. Er führte Klage gegen die ungenügenden Leistungen in der Sozialversicherung, über den bürokratischen Verwaltungskörper, wie er allgemein noch besteht und über die starke Zersplitterung in der Sozialversicherungsgesetzgebung, auf die der Einfluß der Arbeiterschaft außerordentlich gering ist. Besonders scharf wendet er sich gegen das Preussische Wohlfahrtsministerium, das immer noch die Errichtung von Innungsrentenkassen zuläßt, die auf Grund der eigenen Angaben dieser Kassen nicht lebensfähig sein können. Daß darunter in erster Linie die Versicherungspflichtigen geschädigt werden, braucht hierbei nicht besonders erwähnt werden. Wir streben die Vereinheitlichung in der Sozialversicherung ganz besonders auf dem Gebiete der Krankenversicherung, der Unfallversicherung, der Invaliden- und Angestelltenversicherung an. Hierzu lagen Anträge vor, die eine Herabsetzung der Invaliditätsgrenze sowie der Altersgrenze anstreben wollen, wie auch, daß der Bundes-

vorstand mit allem Nachdruck die leichtfertige Art, wie heute die Genehmigung zur Errichtung von Innungsrentenkassen gegeben wird, verhindern soll.

Unter den sonstigen Anträgen, die vom Kongress angenommen wurden, sei erwähnt, daß der Bundesvorstand mit den politischen Parteien des Reichstages dahin zu wirken hat, daß der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag anerkannt wird.

Bei der Wahl des Bundesvorstandes wurden die bisherigen Angestellten wiedergewählt. Als Beisitzer wurden gewählt: Bernhardt (Baugewerksbund), Bruhns (Fabrikarbeiterverband), Reicheit (Metallarbeiterverband), Tarnow (Holzarbeiterverband), Mahler (Lederarbeiterverband), Schrader (Textilarbeiterverband), Schmidt (Landarbeiterverband), Janschek (Bergarbeiterverband).

Leider versuchte die Kommunistische Partei, die Kongressverhandlungen und sonstigen Veranstaltungen, die von der Hamburger Arbeiterschaft anlässlich des Kongresses abgehalten wurden, zu stören. Ein beschämendes Bild, wie wir es noch nie gesehen haben: verkommene Subjekte wurden dazu gedungen, bereits am 1. September anlässlich der Jugenddemonstration, über die wir an anderer Stelle berichten, ihre zügellose Rohheit zum besten zu geben. Nach Verbrecherart überfielen sie die jugendlichen Gewerkschaftskollegen, die in großer Zahl zur Kundgebung nach Hamburg geströmt waren. Es wurden mehrere durch Messerstiche verwundet. Diese kommunistischen Rowdys wollten die Einigkeit in den freien Gewerkschaften zertrümmern. Der gleiche widerliche Vorgang wiederholte sich am 2. September anlässlich des Aufmarsches der jugendlichen Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen nach dem Rathausmarkt, wo ebenfalls von diesen Verbrechern die Demonstrationzüge auseinandergerissen werden sollten. Wir schämten uns über derartige traurige Gestalten, die nichts Besseres zu tun wußten, als hier in unerhörter Weise den Bruderkampf zu eröffnen. Damit hatten sie aber kein Glück. Die angelegten Veranstaltungen konnten in Ruhe verlaufen.

Der Kongress sprach bei der Eröffnung seine tiefste Entrüstung gegen dieses gedungene Verbrechergesindel aus und beschloß einstimmig, die Vertreter der kommunistischen Presse aus dem Saal zu weisen.

* * *

Der 13. Gewerkschaftskongress wird für die kommenden Arbeiten in den Gewerkschaften von großer fruchtbringender Tätigkeit sein. Die gefassten Beschlüsse und angenommenen Richtlinien sind Wegweiser für die gewerkschaftliche Tätigkeit in der kommenden Zeit. Ob sie bis zum nächsten Kongress verwirklicht werden können, das liegt lediglich an der Macht und Stärke in den Gewerkschaften selbst. Heute stehen noch Tausende Indifferenter den Gewerkschaften fern, und wiederum sehen wir große Scharen von Unterdrückten, die sogar feindselig den Gewerkschaften gegenüberstehen. Diese alle müssen wir für die gewerkschaftlichen Ideen und Bestrebungen gewinnen, und je früher uns dieses gelingt, um so eher können wir hoffen, daß unsere Forderungen verwirklicht werden.

Reichskonferenz der Süßwarenarbeiter. Annahme des Manteltarifs, Ablehnung der Lohnvereinbarung.

In Hamburg nahm am 9. September eine Reichskonferenz von Vertretern aus der Schokoladen- und Süßwarenindustrie zu dem Ergebnis der Tarif- und Lohnverhandlungen Stellung. Kollege Alfred Flöber berichtete über die in Heidelberg und Hannover stattgefundenen Verhandlungen mit den Unternehmervertretern. Anfangs hatte es den Anschein, es werde überhaupt ein Vertragsabschluss infolge der Einstellung der Unternehmer nicht mehr zustandekommen, denn das Angebot von Unternehmenseite war gleichbedeutend mit einer großen Verschlechterung der bisherigen Vertragsbestimmungen. Es wurde aber dennoch in Hannover eine Einigung erzielt und gegenüber den bisherigen Vertragsbestimmungen Erfolg erreicht.

Die Bezahlung der Ueberstunden wurde von 10 auf 20 Proz. erhöht. Die Akkordzuschläge stehen in Zukunft um über 15 Proz. über den tariflichen Stundenlöhnen gegenüber 10 Proz. im alten Tarif. Bei den Ferien wurde insofern eine Verbesserung erreicht, als den Arbeitnehmern, die „während einer Zeit, in der Ferien im Betrieb nicht erteilt werden, in ordnungsgemäßer Weise aus dem Betrieb auscheiden“, die anteilige Inanspruchnahme der Ferien gesichert wurde. In den Lohnstufen trat eine günstigere Einteilung der Prozentätze von Entlohnungen auf die einzelnen Altersklassen ein, und bei den Arbeiterinnen wurde die Lohnstufe für die jüngsten gestrichen. Ebenfalls wurden die Vertragsbestimmungen auf die Lehrlinge insofern erweitert, als nicht nur die Entlohnung, sondern auch andere Vergünstigungen auf die Lehrlinge übertragen wurden. Bei der Feiertagsbezahlung wurde die Ausdehnung von 14 Tagen auf vier Wochen verlängert, so daß die Beschäftigten ein Anrecht auf die Bezahlung der Feiertage während dieser Zeit haben.

Richtig ist allerdings, daß bei den Verhandlungen nicht sämtliche Wünsche unserer Kollegen durchgesetzt werden konnten. Wenn jedoch in Betracht gezogen wird, daß immer noch in der Industrie von einer andauernden ständigen Beschäftigung keine Rede sein kann, sondern sich die günstige Konjunktur auf kurze Zeiten im Jahre hindurch zusammenbringt, wenn weiter in Betracht gezogen wird, daß trotz aller unserer Ermahnungen ein großer Teil der Beschäftigten den Wert der Organisation noch nicht einsehen will, so kann das Ergebnis der Verhandlungen als annehmbar bezeichnet werden.

Bei Verhandlungen über die Lohnregulierung, die durch einen Schiedspruch eines Unparteiischen, den Professor Lutz-Richter, Leipzig, zum Abschluß kam, kann leider diese Meinung wie zum Manteltarif nicht verzeichnet werden. Durch den Schiedspruch soll der Entlohnung, das ist der Lohn des Hilfsarbeiters über 23 Jahre, um 3 Proz. erhöht werden.

Die Laufdauer dieser neuen Lohnbestimmung soll ein Jahr betragen. In Anbetracht der Feuerungswelle, die infolge der Erhöhung des Eisenbahntarifes und sonstiger Preise für wichtige Rohstoffe in die Erscheinung tritt, ist bestimmt das Anziehen der Preise für die wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel zu erwarten. Es müsse daher die Frage aufgeworfen werden, ob unter diesen gegebenen Verhältnissen die Tragfähigkeit dieser geringfügigen Lohnzulage von der Kollegenschaft anerkannt werden kann.

Die Diskussion war sehr lebhaft und fast alle Delegierten beteiligten sich daran. Es wurde allgemein der Meinung Ausdruck gegeben, daß unter den obwaltenden Verhältnissen dem Rahmentarif die Zustimmung gegeben werden kann, obgleich das Ergebnis weit von unseren berechtigten Wünschen entfernt ist. Der Lohnschiedspruch hingegen löste allgemeine Mißstimmung aus. Es sei undenkbar, daß sich mit dieser geringen Lohnzulage, die in den letzten Lohnklassen nur mehr Bruchteile eines Pfennigs ausmacht, unsere Kollegenschaft zufrieden geben kann. Es besteht auch die Tatsache, daß Belegschaften in der Süß- und Feigwarenindustrie mit ihrem Lohn-einkommen ziemlich an letzter Stelle gegenüber den übrigen Arbeitern angelangt sind. Es würde daher ganz unmöglich sein, die Zustimmung zu diesem unverständlichen Schiedspruch bei den Belegschaften zu erreichen. Beschlossen wurde, dem Ergebnis zur Schaffung eines Manteltarifes zuzustimmen; das Lohnabkommen wurde einstimmig abgelehnt. Die Konferenz beauftragte die Verhandlungskommission, auf Grund der Bestimmungen im Manteltarif in neuen Verhandlungen ein tragbares

Hast Du in diesem Jahr ein Mitglied gewonnen?

Am 22. September ist der 3A. Wochenbeitrag fällig!

Ergebnis in der Lohnfrage zu erreichen und erteilte ihr mit dem Verbandsvorstand Vollmacht zum Abschluß neuer Löhne.

Kollegin Wagner, Dresden, verwies als Vorsitzende der Konferenz in ihrem Schlußwort darauf, daß nunmehr unbedingt in allen Betrieben darauf hingewirkt werden muß, die Belegschaften geschlossen der Organisation zuzuführen. Wir können nicht mehr länger dulden, daß ein großer Teil unserer Mitarbeiter und -arbeiterinnen ihrer wirtschaftlichen Interessenvertretung fern bleibt, um durch ihr Verhalten unsere Aktionen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen schädigend zu beeinflussen. Mit diesem unwürdigen Zustand muß unbedingt gebrochen werden.

Nat. sondern auch im Wunsche nach einer gewissen Verbesserung des Lebensstandards bestünden. Mit besonderem Nachdruck forderte sie den Ausbau des Mutter- und Säuglingschutzes.

In mehreren Referaten wurden Arbeit und Sport behandelt, wobei besonders in einem ausdrucksvollen und mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag von Dr. Klinge, Leiter der Abteilung „Leibesübungen“, bei der Deutschen Hochschule für Leibesübungen, der hohe pädagogische Wert des Sportes begründet wurde. Das Wesentliche ist, daß Sport sachgemäß betrieben wird. Gesundheitliche Schädigungen sind nicht zu erwarten, wenn es zur Regel gemacht wird, daß jeder Leibesübungsstrebende vor der Aufnahme seiner sportlichen Betätigung sich sportärztlich untersuchen läßt. So kann der Sport zur großen hygienischen Förderung bei der Arbeiterschaft beitragen. Der Sport verbindet die Menschen untereinander, indem er das Kameradschaftsgefühl weckt und den Menschen hilfsbereit macht, er befreit den Menschen aus den Fesseln übler Gewohnheiten und Leidenschaften und er zieht ihn empor, indem er ihn zu einem bewußten Mitglied der menschlichen Gesellschaft macht, das Anteil nimmt an der Frage allgemeiner Kulturgüter.

Aus den weiteren Vorträgen sei die Forderung einheitlicher Fleischereiarbeitsräume erwähnt, die von Gewerberat Koch, Waldenburg in Schlesien, begründet wurde. Mit Recht verwies er darauf, daß tatsächlich und namentlich in kleineren Städten und auf dem Lande in den Fleischereiarbeitsräumen noch Zustände bestehen, die jeder Beschreibung spotten. Er forderte, daß durch Reichsverordnungen Bestimmungen über die innere Betriebs-einrichtung ähnlich, wie früher für das Bäder- und Konditorgewerbe, erlassen werden. Wir werden in einer der nächsten Nummern über diese Ausführungen Näheres berichten.

Vom Gewerbemedizinrat Dr. Beintler, Arnberg, wurde über die Schädigung durch angewendete Präparate beim Reinigen von Viertants referiert. Er forderte ausreichende Schutzmaßnahmen bei diesen Arbeiten zur Verhinderung körperlicher Schädigungen der mit solchen Arbeiten betrauten Personen.

Die Tagung wurde leider neben diesen hochinteressanten Ausführungen von Direktor Leiser, Berlin-Siemensstadt, zur Reklame für die Einführung eines raffiniert ausgeklügelten Rationalisierungssystems benutzt. Sicher war der Vortrag den Aufgaben der Gesellschaft für Gewerbehygiene nicht dienlich. Wenn sich die Gesellschaft zum Ziel setzt, körperliche Schäden, die durch die kapitalistische Ausbeutungsmethode bei der Arbeiterschaft verursacht werden, einzudämmen und zu beseitigen, dann darf man nicht Reklame zulassen, um die bestehende Ausbeutungsmethode in raffiniertester Weise auf den Gipfelpunkt zu treiben. Die Gesellschaft sollte sich bei zukünftigen Tagungen genau die Vortragsdispositionen ansehen und solche eingereichten Entwürfe, die nur die Sache schädigen können, ausmerzen.

5. Hauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene.

Vom 10. bis 13. September tagte in Dresden die 5. Hauptversammlung der Gesellschaft für Gewerbehygiene. Wir hatten bereits im Vorjahre bei der Berichterstattung über die Aufgaben der Gesellschaft auf den hohen Wert ihrer Arbeiten für die Arbeiterschaft verwiesen. In diesem Jahre stand im Mittelpunkt der Beratungen die Frauenarbeit, wozu als erster Redner Ministerialrat Dr. Thiele, Dresden, das Thema: „Frauenarbeit und Volksgesundheit“ behandelte. Die Frauen haben seit den ersten Tagen des Menschendaseins fleißig und oft sogar recht hart arbeiten müssen. Ihre Betätigung in der Fürsorge für die Familie, der Mutterschaft und Kindererziehung waren wertvolle Dienste am Volke. In der kapitalistischen Epoche drängten sie wirtschaftliche Nöte zum Geldverdienen außerhalb des Hauses. Die Warenherstellung in den Fabriken, die Rationalisierung und Gliederung der Arbeit in unzählige schematische Handgriffe spannten die Frau mehr und mehr in den Arbeitsbetrieb der Industrie ein. Die im Erwerbsleben stehenden Frauen nahmen in der Zeit von 1907 bis 1925 um 200 Proz. mehr zu, als die Bevölkerungszunahme erwarten ließ. Allein im Freistaat Sachsen ist ein Drittel aller Arbeitskräfte, die der Gewerbeaufsicht unterstellt sind, weiblichen Geschlechts. Die starke Heranziehung der Frau zur gewerblichen Arbeit hat sich hinsichtlich der Volksgesundheit recht bedenklich ausgewirkt. Nach der Statistik der Berliner Ortskrankenkasse sind die Erkrankungs-ziffern der Frauen um 22,5 Proz. größer als die der Männer. Die mittlere Krankheitsdauer ist bei den Frauen dreimal so hoch als bei den Männern. Besonders ungünstig liegen die Verhältnisse in der Textilwarenindustrie. Die Zahl der Erkrankungsfälle liegt bei den erwerbstätigen verheirateten Frauen fünf bis achtmal höher als bei den ledigen, denen Mutter- und Hausfrauenpflichten nicht obliegen. Erkrankungen der für die Fortpflanzung wichtigen Unterleibsorgane treten recht häufig auf. Damit geht Hand in

Hand die Herabminderung der durchschnittlichen Lebensdauer der Frauen. Wo Mütter leiden, leiden auch Kinder, und Frauengesundheit ist Volksgesundheit. Die Gesundheitsfrage der erwerbstätigen Frauen ist daher eine Schicksalsfrage unseres Volkes.

Frau Regierungsgewerberat Dr. Elisabeth Krüger, Dresden, behandelte die Frage: „Frauenarbeit und Gewerbeaufsicht“. In einem ausgezeichneten Vortrag berichtete sie über die Ergebnisse ihrer Untersuchungen über die hohen Ziffern der Krankheitsercheinungen bei den Frauen und über die überaus lange Beschäftigungsdauer der erwerbstätigen Frauen, die außerdem noch ihre häuslichen Arbeiten und Sorgen haben. Bei dieser Häufung der Pflichten wurden große Schädigungen des Organismus der Frauen festgestellt; denn durch die Summierung der Pflichten treten Uebermüdigungserscheinungen auf, die sich darin äußern, daß die Arbeitskraft der in den Fabriken arbeitenden Frauen nachweislich früher abnimmt, zeitiger verbraucht und verblüht ist, als die des Mannes. Dadurch ist genügende Begründung gegeben, durch ausreichende Schutzmaßnahmen die Fabrikarbeiterinnen und insbesondere die Mütter und die schwächeren Frauen vor körperlichen und seelischen Schädigungen zu bewahren, zumal von ihrer Gesundheit auch die Kraft und Gesundheit der kommenden Generation abhängt.

Privatdozent Dr. Heinz Küstner sprach über: „Frauenarbeit und Schwangerschaft“. Hierbei wurden ebenfalls die durch die dauernde Ueberanstrengung des Körpers verursachten Schädigungen auf den weiblichen Körper nachgewiesen. Es wurde die Errichtung von Ledigenheimen für unverheiratete Schwangere gefordert.

Gen. Juchacz, M. d. R., hielt einen Vortrag über „Die berufstätigen Frauen“. Sie stellte statistisch fest, wie stark die Zunahme der arbeitenden Frauen in den letzten Jahren war und erörterte die Gründe, die vielfach nicht allein in großer äußerer

Zunahme der Unfälle.

Aus den soeben veröffentlichten Jahresberichten der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten und Bergwerksämtern für das Jahr 1927 ergibt sich eine starke Zunahme der Unfälle in den gewerblichen Betrieben. Es kann festgestellt werden, daß in allen Regierungsbezirken die Steigerung der Zahl der Unfälle eine ganz erhebliche ist. Als inwieweit kann die Entwicklung im Regierungsbezirk Potsdam angesprochen werden. Dort erhöhte sich die Zahl der erfassten Arbeiter um 25 Proz., die Zahl der Unfälle aber um 40 Proz. Hinter dem Satz mit 40 Proz. bleiben die weniger industriellen Regierungsbezirke, z. B. Allenstein und Gumbinnen zurück. In den mehr industriellen Gebieten wird der Satz weit übertroffen, so in Breslau mit 50 Proz. und Arnberg mit 60 Proz.

Für die Erklärung der Unfallsteigerung verweisen die Gewerbeaufsichtsbeamten auf die vermehrte Einstellung betriebsfremder Arbeiter, auf die erhöhte Bautätigkeit, und vor allem darauf, daß Unfälle infolge wiederholter Rückfragen jetzt regelmäßiger als früher gemeldet werden. Klar ausgedrückt soll es wohl heißen, daß der Bauarbeiterschutz wohl etwas zu nebenächlich behandelt wird?

In dem Bericht über den Regierungsbezirk Königsberg heißt es, daß die Steigerung der Unfälle bei Transport und Verladung und auf Unfälle durch Arbeitsmaschinen zurückzuführen ist. Klarer ist schon die Auffassung des Mindener und des Breslauer Berichtes über den Zusammenhang der Unfallsteigerungen. Der Mindener Bericht bemerkt, „daß die Betriebe zum größten Teil recht intensiv beschäftigt waren“, und der Bericht der Breslauer Aufsicht schließt, „daß sich die Zunahme der Unfälle wahrscheinlich aber auch aus der größeren Arbeitsintensität erklärt“. Weniger vorsichtig ausgedrückt heißt das, daß das Untereibersystem in den Betrieben die Schuld der großen Unfallhäufigkeit ist. Die Umstellung der Betriebe auf Leistungssteigerung pro Kopf und auf ein schnelleres

Arbeitstempo sind sicher die Gründe. Der Bericht der Berliner Gewerbeaufsicht legt sich eingehend mit der Frage der Rationalisierung und Unfallgefahren auseinander und kommt zu dem Schluss, daß die Rationalisierung durch Verminderung und Mechanisierung der Transporte, Bindung des Arbeiters an den Arbeitsplatz, Automatisierung von Maschinen und ähnliches für die Unfallverhütung von Vorteil ist. Der Bericht fährt fort: „Wenn einzelne Betriebe immer noch eine hohe Unfallziffer aufweisen, so ist dies ein Zeichen dafür, daß eine ausreichende und zweckmäßige Rationalisierung nicht vorliegt. So haben die Berliner Beamten, allerdings nur in Einzelfällen, Betriebe angetroffen, bei denen der Einbau von Transportbahnen zwischen dichtgelegten Arbeitsplätzen oder die Einschaltung feuer- und explosionsgefährlicher Einrichtungen in den Fließengang... vielleicht eine Erhöhung der Unfallgefahren zur Folge haben können“.

Der Berliner Bericht erzählt von einem Betriebsrat, der infolge der Fließarbeit stärkere Ermüdung spürt und diese Erscheinung auf die mangelhafte Ernährung zurückführt. Der Berliner Betriebsrat beurteilt die Folgeerscheinungen des intensiveren Arbeitsprozesses richtig. Durch den gesteigerten Arbeitsstakt werden die Vorräte nicht nur geistiger, sondern auch an physischer Kraft bei den Arbeitern heute schneller aufgezehrt, als früher. Die starke Preissteigerung der letzten Wochen für die wichtigsten Nahrungsmittel dürften eine weitere Antriebskraft für die Steigerung der Unfallgefahren sein. Wer selbst schon mit knurrendem Magen und durch Hunger erschöpften Körper in den Stiefen gestanden hat, weiß, wie recht der Berliner Betriebsrat hat.

Ueber die Heimarbeiter im Betrieb Königsberg sagt der Bericht, daß sie in Zeiten guten Geschäftsganges ihre Arbeitsleistung steigerten, um den Unternehmern als besonders leistungsfähig zu erscheinen. Die Unternehmer vergaben nämlich die Arbeit gern an nur wenige, aber besonders leistungsfähige Personen, weil dadurch die Soziallasten herabgemindert werden. Daher seien besonders vor Weihnachten in der Heimarbeit Arbeitszeiten von 14 bis 16 Stunden täglich beobachtet worden. Dieser Fall zeigt, wie die Arbeiter gezwungen werden, täglich 14 bis 16 Stunden zu arbeiten. Bei dieser mörderischen Kombination von übersteigertem Arbeitstempo und überlanger Arbeitszeit kann man sich nicht wundern, wenn die Unfallziffern steigen.

Die Lage des Arbeitsmarktes für das Bäcker-, Konditor- und Fleischergewerbe in Köln

Die ungünstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt für das Bäcker-, Konditor- und Fleischergewerbe hält für die Stadt Köln weiter an.

Aus folgenden Zahlen für das letzte Quartal ist zu ersehen, wie groß die Erwerbslosigkeit unter diesen Berufsgruppen ist. Es waren beim städtischen Arbeitsamt verzeichnet: aus der Gruppe des Bäcker- und Konditorgewerbes:

Neumeldungen	Stellen verm.	Bestand am Monatschluß	dav. Hauptunterstützungsempfänger
April: 128	3	427	194
Mai: 137	6	415	159
Juni: 95	12	386	155

aus der Gruppe des Fleischergewerbes:

April: 45	—	234	60
Mai: 46	—	224	85
Juni: 56	1	230	84

Aussicht, daß eine wesentliche Entlastung des Arbeitsmarktes in diesen Berufen erfolgt, besteht zurzeit in Köln sehr wenig. Es ist wohl anzunehmen, daß die Herbstsaison in der Bäckerei, Konditorei und Fleischerei einige Duzend Arbeitskräfte mehr aufsaugt; aber dennoch bleibt ein großer Teil von erwerbslosen Berufsangehörigen ohne Arbeit.

Nachdem jetzt die Krisenfürsorge eine Erweiterung erfahren hat, muß auch von unserer Organisation für die Bäcker-, Konditor- und Fleischergewerben versucht werden, die Fürsorge auf diese Gruppe auszudehnen.

Sortwährender Mitgliederzuwachs bei den Verbänden des ADGB.

Ueber eine Viertelmillion neue Mitglieder im 1. Halbjahr 1928.

Die im Jahre 1927 zu verzeichnende glänzende Entwicklung der im ADGB vereinigten Verbände legt sich nach den vorläufigen Berichten der Verbandsvorstände auch weiterhin fort. Im ersten Halbjahr 1928 ist die Zahl der Mitglieder von 4 415 689 auf

rund 4 670 000

angestiegen. Das ist eine Zunahme von 255 000 Mitgliedern oder 5,8 Proz.

Seit Anfang des Jahres 1927 beträgt der Mitgliedererwerb des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

dreiviertel Million = 18,8 Proz. Ganz besonders gut war die Mitgliederentwicklung bei folgenden Verbänden:

	Ende 1927	Ende Juni 1928
Baugewerksbund	402 252	443 520
Eisenbahner	233 368	244 029
Fabrikarbeiter	423 059	467 798
Gemeinde- u. Staatsarbeiter	228 522	244 384
Holzarbeiter	293 835	307 422
Metallarbeiter	815 838	881 785
Verkehrsbund	351 435	366 016

Auch die Buchbinder, Maler, Steinarbeiter, Tabakarbeiter und Zimmerer verzeichnen im letzten Halbjahr eine hohe prozentuale Zunahme bis zu 15 Proz. ihres Mitgliederstandes.

Mehl- und Brotpreise am 1. September.

Die allgemein günstigen Getreideernteergebnisse sowie die noch am Schlusse des letzten Erntejahres aufgetauchten Vorräte haben im letzten Monat einen noch größeren Preisrückgang für Brotgetreide gebracht als dieses bereits in den Vormonaten der Fall war. Aus den nachstehend wiedergegebenen Börsennotierungen des In- und Auslandes ist zu ersehen, in welchem Umfange die Durchschnittspreise am Schlusse des Monats niedriger waren, als zu Beginn des Monats. Im Gegenjag zu dem Auslandsgetreide ist beim Inlandsroggenmehl ein stärkerer Rückgang zu verzeichnen als beim Weizenmehl.

In den maßgebenden Aus- und Inlandsbörsen ergaben sich folgende Durchschnittspreise für Getreide und Mehl:

August 1928	Ausland Weizen: per t verzollt	Ausland Roggen: per t verzollt	Inland Weizen: ab märk. Stationen: (Bln. Notierung p. t.)	Inland Roggen: ab märk. Stationen: (Bln. Notierung p. t.)	Berliner Weizenmehl: per 100 kg	Berliner Roggenmehl: per 100 kg
1.—10.	272,50	253,75	239,75	238,25	32,50	35,—
11.—20.	264,75	248,—	225,—	225,—	31,50	32,75
21.—31.	264,25	249,50	225,50	223,25	30,75	31,50

Die Durchschnittspreise für Bäckerbrotmehl betragen in den an unserer monatlichen Statistik beteiligten Orten am 1. September 34,75 Mk. je Doppelzentner, gegenüber 39,10 Mk. am 1. August. Der durchschnittliche Preis für 1 Kilogramm Roggenbrot hat in dieser Zeit einen Rückgang von 45,4 Pf. auf 44,3 Pf. erfahren.

Von folgenden Orten, die sonst an der regelmäßigen Statistik beteiligt waren, sind uns die Berichtbogen nicht eingegangen: Stettin, Hamburg, Leipzig, Dresden, Düsseldorf und Dortmund.

Nachstehend eine Zusammenstellung der Mehl- und Brotpreise in den berichtenden Orten:

Ort	Preis für 1 dz Roggenmehl		Preis für 1 kg Roggenbrot		Gewicht des Weizenbrötchens
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	
Königsberg i. Pr.	36,50	46	39,50	2,5	40
Breslau	33,—	38	33,50	5	80
Görlitz	33,—	37	33,50	2	35
Ratibor	36,—	40	38,—	5	58
Berlin	36,50	47	33,50	3	36
Bremen	33,25	47	40,75	2,5	31
Magdeburg	31,25	32	40,—	5	60
Hannover	34,—	41,4	39,—	2,5	28
Chemnitz	36,50	45	39,—	3	35
Halle	35,—	43,7	44,—	3	38
Eriurt	38,—	44	39,—	3	50
München	36,—	52	36,50	4	42
Nürnberg	36,25	50	36,75	4	40
Sandshut	37,50	54	37,—	3	32
Würzburg	36,—	46	38,50	5	60
Stuttgart	28,25	40	36,25	4	40
Mannheim	32,50	44	33,75	4	40
Freiburg i. Br.	38,—	48	37,—	4	40
Frankfurt a. M.	36,—	44	40,—	4	38
Kassel	37,—	38	43,50	2,5	35
Köln	37,—	47	36,—	3	35
Nachen	38,—	50	40,—	3	35
Krefeld	32,50	45	32,—	3	35
Elberfeld	35,50	44	34,50	3	40
Essen	32,—	48	32,—	2,5	36
Bielefeld	32,25	46	34,75	2,5	39
Herford	33,—	38	35,—	2,5	35
Danzig	36,—	48	46,—	4	45

1) Brotmehl. 2) Durchschnittsmehlpri. 3) Schwarzbrot
4) Weizenbrotmehl. 5) Brot aus Weizenbrotmehl. 6) Weizenmehl.

Sozialer Innungsgeist.

Die Tischler-Zwangsinnung in Hannover errichtete eine Innungskasse, die am 1. August ins Leben getreten ist. Damit dieser anscheinend nicht leistungsfähigen Kasse nicht sofort große Ausgaben entstehen, hat die Tischlerinnung am 27. Juli d. J. an die ihr zugehörigen Handwerksmeister folgendes Rundschreiben gerichtet:

„An unsere Mitglieder!

Bekanntlich tritt am 1. August 1928 für die Mitglieder unserer Innung die Innungs-Krankenkasse in Kraft.

Um zu vermeiden, daß die Kasse von vornherein bereits mit schon bestehenden Krankheitsfällen belastet wird, empfehlen wir unseren Mitgliedern, alle die Arbeitnehmer, die zurzeit wegen Krankheit nicht beschäftigt werden, aber sonst im Arbeitsverhältnis stehen, zu entlassen. Es ist aber unbedingt erforderlich, daß den Arbeitnehmern sämtliche Papiere zugestellt werden. Eine Härte gegenüber dem erkrankten Arbeitnehmer ist dieses Vorgehen nicht, da er in diesem Falle während der Dauer seiner Krankheit weiter Mitglied der Ortskrankenkasse bleibt und von dieser auch seine Unterstützung erhält. Selbstverständlich steht einem späteren Wiedereintritt des Arbeitnehmers bei seinem bisherigen Arbeitgeber nicht das geringste im Wege.

Mit Handwerksgruß
Tischler-Zwangsinnung Hannover.“

Dieses Rundschreiben zeigt, was die bei Innungsmitgliedern Beschäftigten zu erwarten haben, nicht nur bei Neuerrichtungen von Innungskrankenkassen, sondern auch bei bestehenden. Die Innungsmeister, die im allgemeinen keinen Gemein Sinn kennen, sondern die reinen Vertreter des nacktesten Egoismus sind, nehmen keine Rücksicht auf die Krankheit und Not derer, von denen sie verlangen, daß sie ihnen Treue wahren sollen. Treue um Treue, das ist für einen Innungsmeister Schall und Rauch, wenn er sie seinen Gefellen gegenüber betätigen soll.

Vom Dichten mag er was verstehen.

Der rheinische Dichter Herbert Gulenberg fühlte sich bemüht, für die „armen“ Ladeninhaber eine Lanze zu brechen. In einer Zuschrift an den „Düsseldorfer Stadtanzeiger“ wettet er gegen die nunmehr auch in Kaiserswerth a. Rh. streng durchgeführte Verordnung des 7-Uhr-Ladenschlusses und des Verbots, Sonntags die Läden offenzuhalten. Er schreibt unter anderem, daß nunmehr die Hauptgewinnmöglichkeit der Ladenbesitzer, von der sie das ganze Jahr leben müssen, dahin wäre. Warum soll diese alte Stadt so behandelt werden? Nicht zum Schutze des Personals, denn dieses würde ja nach 7 Uhr und Sonntags sowieso nicht mehr bedienen, sondern nur zum Schaden der Ladenbesitzer wirkt sich die strenge Durchführung der Verordnung aus.

Dieser Dichter steht der Wirklichkeit des Lebens sehr fremd gegenüber. Aber woher soll er auch wissen, daß gerade das Personal in Kleinbetrieben und Ladengeschäften einen besonderen Schutz bedarf, da diese am meisten der Ausbeutung des Inhabers ausgesetzt sind.

Er kennt nicht den Grundsatz der Krämer: „Solange Arbeit da ist oder solange Kunden kommen, solange hat das Personal anwesend zu sein.“ Und wenn einmal das Personal den Wünschen des Inhabers nicht nachkommt, wird es bei erster besser Gelegenheit an die frische Luft gesetzt. So sieht die Wirklichkeit aus, und daher ist es gut, daß es staatliche Zwangsmittel gibt, die solche Zustände so weit als möglich verhindern.

Wie aber nicht anders zu erwarten war, hat diese Zuschrift bereits ein Echo gefunden. Aus Nürnberg - Fürth hält es, daß Wort für Wort, was Gulenberg schrieb, auch auf diese Stadt zuträfe. Nicht lange wird es dauern, wird sich Bösemücker melden und ebenfalls „gewichtige“ Gründe vorbringen, um Sonntags und abends nach 7 Uhr offene Ladengeschäfte zu haben. Wo es sich um sozialen Rückschritt handelt, da findet sich immer eine reaktionäre Gesellschaft zusammen. Dies soll uns aber nicht hindern, sondern soll uns der Ansporn sein, die für die arbeitenden Menschen geschaffenen Schutzbestimmungen zur Durchführung zu verhelfen. Herbert Gulenberg mag vom Dichten was verstehen, das Gebiet der Sozialpolitik ist ihm fremd.

Hundefutter-Kostproben das Neueste.

So was gibt es am Elbgestade, in der freien Stadt Hamburg, nach dem Prospekt der Firma Rud. Pabst junior in Hamburg, die macht in feinsten Küche, Thüringer, Harzer und Braunschweiger Würstwaren. O, ihr runden, saftigen Würste der Firma Pabst, gegenüber dem Hundefutter der Firma könnt ihr euch in den Schatten stellen. Das sagt euch der Prospekt der Firma. Ihr armen Würste, von welcher Qualität mögt ihr nur sein, daß ihr der Hundeschafft nicht vorprobiert werdet. Wirklich, das Fleischkraftfutter für Hunde nimmt im Laden der Firma Pabst einen besseren Rang ein, es wird der Hundeschafft von den Angestellten auf Geheiß der Firma vorprobiert.

„Das beste, billigste Fleischkraftfutter für Hunde, die was leisten sollen, so sauber hergestellt, daß es sogar meine Angestellten vorprobieren.“

So steht es geschrieben im Prospekt der Firma, und die Gaumen der Angestellten scheinen wirklich verwöhnt zu sein durch diese Kostproben, denn die lang-

Jährigen Angestellten mögen keine Gefrierwaren mehr, sagt der Prospekt an anderer Stelle, die das frische Fleisch anpreist.

Im Schweiß ihres Angesichts mühen sich Hunderte von Unternehmern... Die Leistungsfähigkeit würde gesteigert und die Herrschaften könnten mit ihren Tausend-Mark-Gehältern wenigstens auskommen.

Aber damit die Firma Pabst nicht allein sei, dient an eine andere Firma aus dem Lande der Schwaben in umgekehrter Folge im „Deutschen Jäger“.

Soldatenzwieback

Der selbe, wie er im Felde vom Soldaten gegessen wurde, verleiht als anerkannt bestes Hundesutter Albert Schwarz, Landesprodukte, Weizheim (Württemberg).

Pabst und Schwarz, zwei Hosieleranten der Satire.

Back-, Süß- und Teigwarenindustrie

Schokoladenmischung vor 100 Jahren.

Was man vor hundert Jahren alles mischte, zeigt ein Aufsatz der „Magdeburger Zeitung“ vom 26. August 1928 über „Das Magdeburger von 1828 in der Zeitungsanzeige“.

Wierzehn Tage später kündigte Pollack an, daß ihm eine weitere sabelhafte Erlaubnis gelungen sei, deren Auswertung für Magdeburg ebenfalls Herr Berchtold in Händen hatte.

Viehmarkt.

Der Mond verblaßt ganz früh am Himmel. Die Sonne rollt stolz ihren Lauf. Am Viehmarkt herrscht schon hart Getümmel.

Die biden Händler jobbern mit den Bauern. Manah Mehgermeister kauft hier selber ein. Das Schaffenspiel der Bäume auf den weißen Mauern.

Zu Mittag ist der Markt so ziemlich ausgeleert. Nun ist der Darm in alle Kneipen eingezogen. Manah Kopf ist schon vom Alkohol beschwert.

Am Nachmittag, die Sonne sinkt schon tief. Der Markt ist aus — nur noch drei Ochsen warten. Sie scheuern hungrig ihre Kiefer.

Dann ist der Abend da, mit Sternenglanz. Der Marktplatz senkt sich ganz in Schatten. Vor'm Weinstrauch hängt der Grützkranz.

Mag Dortu.

Der neue Schlachthof.

Juhu — das ist dir eine Freude: der neue Schlachthof! Schön — fast wie ein Schloß. Auf der einen Seite rauscht der Wald, der alte Ulmenwald.

Gersten-Chocoide höchst nährreiches Nahrungsmittel für Brustleidende; angefehendste Ärzte haben die desfallsigen günstigen Zeugnisse ausgekollt.

Das „desfallsige“ Geschäft muß ein feines gewesen sein. Herr Pollack zeigte seinen — Haterlatoo späterhin in immer größeren Anzeigen an.

Bäckereigewerbe

Endlich Klarheit.

Die Bäckereinnung Frankfurt a. M. nahm jahrelang eine zweifelhafte Haltung in der Frage des Verbots der Nacht- und Sonntagsarbeit ein. Wo es in der Deffentlichkeit galt, Stellung zu dieser Frage zu nehmen, war die Frankfurter Bäckereinnung immer bei denen, die recht laut schrien.

Die Organisation begrüßt diese Klarheit, sie stellt die Ausweisung der Innung zur Verfügung. Nun steht fest, daß auch die Frankfurter Innung für sich die Nachtarbeit in Anspruch nimmt.

Ein weißer Rabe.

In der Nr. 216 der Bäder- und Konditor-Tageszeitung nimmt ein Herr Bahn junior Stellung zur Lehrlingsfrage und zeigt die Auffassung seiner Mitvordern von der Bäckerzunft, daß „weil es früher so war, es heute a. a. so sein müßte“.

„Wenn man heute mit einem älteren Meister über die heutigen Lehrlinge spricht, so wird das Schlagwort: „Ja, früher war das so“, immer wieder zutage treten.

lagen, waren wir es, die, um ihr tägliches Brot zu verdienen, in aller Frühe (sprich Nachtarbeit) mit der Arbeit beginnen mußten, um ihre Betriebe existenzfähig zu erhalten.

Zum Schluß stellt er fest, daß die Arbeitszeit für die Lehrlinge heute eine kürzere sei und die Löhne höher wären; er macht den Vorschlag, die Jungen vernünftig betrieblichem Sport zuzuführen.

Sowas kommt nicht jeden Tag vor, daß einer aus dem Meisterlager so den älteren Herrschaften ihre Unzulänglichkeiten und veralteten Auffassungen über den Haufen wirft.

Linker Hand, rechter Hand...

Die Lodger Bäcker richteten, wie die Unternehmerpresse berichtet, an das polnische Innenministerium eine Denkschrift, in der sie darauf hinwiesen, daß in den Läden seit einiger Zeit frische Backwaren auch am Sonntag verkauft werden.

bereits im sozialen Zeitalter: im Jahre 2000. Alles was an Produktionsstätten und an Verarbeitungswerken da ist, das ist Volksbesitz.

Jaha — der neue Schlachthof. Da lacht dir das Herz im Leibe. So sauber, so blank, dieser Bau. In der goldenen Sonne funkelt alles nur so — der Bau: ganz aus Beton, Stahl und Glas.

Nun sind wir im neuen Schlachthof drin — es ist früh Uhre sechs. Die Kollegen beginnen ihr Tagwerk. Saubere Gesellen — in blauweißen Kitteln und Hosen.

schneller, leise und leicht — und jetzt wirbeln die Maschinen, wie ein Tanz ist das: munter und zierlich — die tausend Glieder der Schlachthofmaschinen sind wie tausend Tanzmädchen im Volkstheater.

Es ist sieben Uhr! Hoi, der Verteilungsraum, wiederum: wach eine Sauberkeit, gläserne Tische, Tragegestelle und Haken — alles aus silberfunkelndem, poliertem Stahl — die Decken: Kunstmarmor.

bitten die Bäcker, das Baden an Sonntagen unbedingt zu verbieten.

„Linker Hand, rechter Hand, alles verkauft.“ In Polen beschwert man sich, daß durch den Verkauf von Backwaren an Sonntagen der Verkauf an Sonnabenden und Vorfesttagen stark herabgemindert werde und in Deutschland beschwert man sich darüber, daß durch das Sonntagsbäckerverbot die Sonntagsinnahmen verloren gehen. Wie wäre es mit einer Internationale der Konfusionsräte vom Bäckertag?

Böttcherei, Weinhandel

Bordeaux und Cognac.

Der „Vorwärts“ bringt einen Artikel über die Schilderung eines Mitinhabers einer der größten Weinfirmen über die Gegend, wo die edlen Gewächse des Bordeaux stehen.

Zu beiden Seiten der Garonne und Dordogne dehnen sich die Weingüter in einer Gesamtfläche von 190 000 Hektar aus; welche jährlich 4 1/2 bis 5 Millionen Liter Wein erzeugen. Das Gebiet erstreckt sich von Bordeaux südlich bis in die sandige Heide Landschaft des Landes, die vielfach der Mark Brandenburg gleicht und Graves heißt, nördlich bis an die breite Mündung der Gironde den berühmten Medoc und östlich an das Hügelland an der Dordogne, den Cotes und dem Entre deux Mers.

Der Medoc ist das klassische Land der feinsten Rotweine. Hier liegt ein Schloß mit weltbekanntem Namen neben dem anderen. Die Schloßherren sind längst verschwunden. Diese Schlösser sind vielfach Eigentum der großen Weinfirmen, deren Inhaber in der Stadt wohnen, nur die Angestellten und Weinbergarbeiter leben in den Wirtschaftsgebäuden. Einem Verwalter ist die Obhut und Pflege der Weinberge und der Keller anvertraut.

Der Boden enthält viel Kies und groben Sand, auf dem die hier heimischen Traubenorten Cabernet und Sauvignon besonders gedeihen. Diese Trauben ergeben einen Wein, der durch seine schöne Rubinfarbe, seinen Körper, seine Zartheit entzückt. Die Trauben werden vor der Kelterung nur teilweise entbeert, vielfach werden sie mit den Kammern gepreßt und geben dem Wein seinen Gerbstoff und Eisengehalt und dadurch die kräftigenden, gesundheitsfördernden Eigenschaften. In Jahren mit geringem Mostgewicht findet ebenso wie in Deutschland eine Zuckerung statt, um das zu ersetzen, was die Sonne gefehlt hat.

Die Weine kommen bereits nach dem ersten Abtich auf die bekannte „Orghoste“ von 225 Liter Inhalt. Die jahrhundertlange Erfahrung hat gelehrt, daß sich diese Weine in Fässern dieser Größe am besten ausbauen. Der Wein erhält im Jahre drei Umstiche und nötigenfalls eine Schönung, worauf er mindestens noch ein Jahr auf dem Faß liegen und gepflegt werden muß. Im Bordeauxgebiet wird der Wein nicht in Kellern, sondern in Lagerräumen im Erdgeschoß, den sogenannten Chais, gelagert. Palus, ein Schwemmland, zu beiden Seiten der Garonne und Dordogne, Castelnau und Blaye sind kleinere Weingebiete, denen es an der besonderen Feinheit fehlt. Sie sind deshalb bedeutend billiger und kommen unter Sammelnamen wie St. Emilion, St. Estephe ufm. in den Handel. Der Gravesdistrikt, einer der geeignetsten Bezirke um Bordeaux, liefert neben hochberühmten Rotweinen vor allem die süßen Weißweine. Daneben sind es Sauternes, Barsac, Cérons, die besonders prächtigen Weißweine hervorbringen. Der Zentralkern des ganzen Gebietes ist die alte Handelsstadt Bordeaux, hier werden die Weine in den Chais weiter sorgfältig gepflegt, bis sie ausfuhrfertig sind.

Cognac, eine laubere Stadt von fast 18 000 Einwohnern, ist der Mittelpunkt des Charentegebietes. Hier, besonders in der Grand Champagne, der Petit Champagne bei Cognac, wächst ein Wein, der merkwürdigerweise als Tafelwein keine Bedeutung hat, aber das denkbar beste Rohprodukt für die Destillation ist.

Fleischer und Berufsgen.

Ein früher Tod.

Die Fleischwarenindustrie jammert über die unliebsame Konkurrenz, die ihr das Notprogramm schafft. Mit den billigen Krediten, die das Reich den Landwirten zur Verfügung stellt, eröffnen diese selbst Fleischwarenfabriken. Auch die Industrie beteiligt sich, wie zum Beispiel Krupp und die Farbenindustrie in Verbindung mit Banken, an der Rettung der Landwirtschaft. Diese Rettung führt zur unliebsamen Konkurrenz für die Fleischwarenindustrie. Als die Aktion für die Landwirtschaft einsetzte, machte die Fleischwarenindustrie schnell ihre Rechnung. Sie glaubte, wenn sie sich der Landwirtschaft zu Füßen werfe, ein besseres Geschäft zu machen. Sie stimmte an das hohe Lied von der Solidarität der Fleischwarenindustrie und der Landwirtschaft; beide hätten gemeinsame Interessen und man trennte sich von denen, mit denen man lange ein Stück Weges gemeinsam ging, man trat aus dem Fachauschuß für Fleischversorgung aus. Wohl hätte dieser etwas Besseres sein können als er war und ist, aber die Fleischwarenindustrie hat ja auch nicht versucht, etwas Besseres aus ihm zu machen. Nun besteht auch der Jahrmarkt. Die Fleischwarenindustrie ist jetzt gezwungen, gegen die „Not der Landwirtschaft“ zu jammern, die ungeliebte Konkurrenz hat es ihr an. Die landwirtschaftlichen Betriebe haben die Absicht, wie man der Tagespresse mitteilt, die Preise zu unterbieten, und das schadet dem Portemonnaie der Fleischwarenindustrie. Hinterhältig, wie man so zwischen den Zeilen sagt, hält man aus den Mitteln des Notprogramms eine starke Konkurrenz geschaffen. O, so was schmerzt, so eine Baupfiste für Liebhabererei. Unser aufrichtiges Beileid. Die Solidarität von Hecht und Karpfen, in so jungem Alter schon zu sterben, das Herz kann einem zerpringen vor Weh.

Für die treuen Kumpels, die Hirsche.

Unter der genialen Führung des Obermeisters Ulrich ist die Fleischer-Innung in Baden-Baden zum Kampfe gegen die freie Organisation ausgezogen. Am 18. Mai haben wir mit der Arbeitsgemeinschaft der südwestdeutschen Fleischwarenindustrie und der Bezirks-Fleischer-Innung Baden-Baden einen Tarifvertrag abgeschlossen. Daß wir nun auch auf die Einhaltung dieses Tarifes dringen, paßt den Herrschaften anscheinend nicht. Die Innung steckt sich nun, wie wir schon in der Nr. 39, der „Einigkeit“ berichteten, hinter den Deutschen Fleischer-Gesellenbund. Jetzt sieht sich der Obermeister Ulrich veranlaßt, sein Licht durch einen Anschlag im Schlachthof leuchten zu lassen, gegen den Verband loszugehen und für den gelben Bund zu werben. Nachdem wir als Lügner und Volksverhörer gekennzeichnet werden, schreit der Herr Obermeister weiter:

„Darum, Gehilfen Baden-Badens, die Augen auf! Seid ihr Metzger oder Getränkearbeiter? Wo gehört ihr hin? Wo werden eure Interessen am besten gewahrt? Im Zentralverband (den es übrigens gar nicht

mehr gibt), wo nur hohe Beiträge euch abgenommen und derartige gemeine Lügen vorgemacht werden, oder in dem Gesellenbund, wo bei viel kleineren Beiträgen eure Interessen gerade so gut (warum nicht besser) gewahrt sind und wo man die Wahrheit besser kennt.

Entscheidet selbst. Die Entscheidung wird euch nicht schwer fallen!

Darum: Rein in den Gesellenbund! Die Fleischer-Innung des Kreises Baden. Der Obermeister.

Wir sind dem Obermeister sehr dankbar, daß er sein Herz so offen ausgeschüttet hat, in der Liebe zu seinen getreuen Schäflein. Damit ist bewiesen, was wir schon immer behauptet haben, daß der Gesellenbund ein Schmarogergebilde ist, das nur Lakaien Dienste für die Unternehmer zu leisten hat, aber keine freie Meinung haben und Arbeiterrechte nicht vertreten darf.

Der Fleischer-Innung Baden-Baden möchten wir aber raten, sich um ihre ureigensten Interessen zu kümmern und Ordnung im Gewerbe zu schaffen. Die gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitszeit und die tariflichen Vereinbarungen werden in Baden-Baden immer noch mit Füßen getreten. Besonders die Firma Maier-Rothfuch ist es, die durch Ausbeutung der Gehilfen und Uebertretung der gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen eine Schmutzkonkurrenz treiben kann. Solange die Innung unfähig ist, für Ordnung im Gewerbe zu sorgen, soll sie die Gehilfenschaft mit ihrer Weisheit verschonen. Die wissen selbst, was sie zu tun haben, sie brauchen keinen Innungssteinhammel.

Soviel wir hören, hat die Direktion des Schlachthofes alle öffentlichen Anschläge auf dem Schlachthof verboten. Wir bedauern diesen Schritt, denn die weiteren Auslassungen des Obermeisters werden einmal von „weltgeschichtlicher Bedeutung“ sein und sollten der Mitwelt nicht vorenthalten werden. So ein kleiner Obermeister kann sich dort am schwarzen Brett, am öffentlichen Ort, doch gar so wichtig vornehmen. Soli Deo gloria! Dem einen Gott Ruhm und Ehre!

Ein Bundestag und seine Folgen.

Mit viel Klamauf und Tamtam hat der gelbe Bundestag in Bingen a. Rh. stattgefunden. Der von den Hirschen so oft gelobte und in der „Fleischer-Verbandszeitung“ erwähnte Vorsitzende der Ortsgruppe Elberfeld nahm ebenfalls an diesem Bundestag als Delegierter teil. Als Vertreter der Wuppertaler Fleischer-Gesellen sollte er dort deren Interessen vertreten. Aber Umdank ist der Welt Lohn. Herr Tönnies kehrte vom schönen Rhein nach Elberfeld zurück und bekam von seinem Meister die Papiere. Sein Meister, der Gesellenvater Fröhlich, erklärte, daß es ihm nicht einfallen zu arbeiten, während sein Geselle spazieren fahre. Sollte dies der Grund der tatsächlichen Entlassung sein? Oder sollte Herr Tönnies etwa in Bingen versucht haben, die Interessen der Gesellen zu vertreten? War dem Breznaw und Genossen dieser Tönnies zu radikal und hat Meister Fröhlich davon erfahren? In der kleinen Mitgliedschaft der Elberfelder Ortsgruppe ist über diese Entlassung eine kleine Revolution ausgebrochen. Jahrelang hat man doch die Interessen der Fleischermeister wirkungsvoll vertreten und nun wird zum Dank dafür der eifrigste Vertreter von seinem Meister an die Luft gesetzt, weil er am Bundestag der Hirsche teilgenommen hat.

Den Elberfelder Gesellen mag dies erneut als Beweis dienen, daß man nicht durch Harmoniedusel und gutes Einvernehmen die Interessen der Gesellen vertritt, sondern nur

Dividende heraus, das ist längst vorbei! Es gibt keine Herren und keine Knechte mehr. Anno 2000. Das Zeitalter der Güte und der Waffenlosigkeit. Europa als großer, einiger Bundesstaat — in Freundschaft zu den sozialen Bundesstaaten der vier anderen Kontinente.

Du, was ist denn das für eine Musik — wie schön es klingt — hoi, das kennen wir ja, das alte schöne Lied, aus Fanfaren geblasen: „Freut euch des Lebens!“ Ja, mein Lieber, das ist der Frühstückstisch, es ist 8 1/2 Uhr — Radiofanfaren blasen in allen Arbeitszalen des Schlachthofes zur Frühstückspause. Die Maschinen stehen schon — und die Arbeiter und die Arbeiterinnen am Fleische strömen vom Schlachthof her in den Garten. Garten? Ei, gewiß doch — der Schlachthof hat seinen Garten. Und heute — an diesem schönen sonnigen Herbsttage, wird draußen im Garten des Schlachthofes gefrühstückt. Bravo, schön, wir frühstücken mit. Das Jahr 2000.

Hört ihr's? Wie der Wind harft? Drüben — in den Ulmenbäumen. Und die Eichhäkchen — ei, so guck du doch, die kleinen rotbraunen Gesellen: kriecherfräße die Baumstämme hinauf: die Eichkäz, die Eichkäz! Und hier — o, uns läuft das Wasser im Schnabel zusammen, die gedeckten Tische, mitten zwischen Blumenbeeten — weißgedeckte Frühstückstische — na!, so nehm doch Platz!

Wir sitzen schon. Frühstückspause der freien Arbeiter vom Volksschlachthof. Soziales Zeitalter 2000. 400 Metzger und 100 Verpackungsrinnen am Tisch. Alles frohe, heitere Gesichter, unter den Mädchen wahre Schönheiten — und alle so sauber, geschmackvoll die schneeweißen Mäusenröcke — und die weißen Hauben sind wie riesige Blütenblätter über den Rosaflecken der jungen hübschen Antlitz. Auch die älteren

Frauen sind schön — statt der weißen Hauben tragen sie die Silberkronen der Weisheit: das rüchhin gekämmte kurze Haar.

Wir frühstücken. 8 Uhr 35 Minuten. Anno 2000. Willst du Tee, Kaffee oder Milch? Nimm dir Schinken, Wurst oder Käse. Wer über zwanzig Jahre alt ist, der darf auch ein Schnäpschen trinken — Nordhäuser oder Steinhäger? Na, gib mir mal 'n Cognac, das paßt gut zum fetten gedochten Schinken. Sängerrinnen und ein Orchester. Frühstücksmusik, aus Radiolautsprechern — Gesang, in Paris singt ein Mädchenchor. Freiheitshymnen, das ganze frühstückende Europa der Arbeit hört auf Paris! Zu einem guten Frühstück gehört auch ein guter Klang. Und ringsher im Garten blühen die bunten Dahlien und die weißblauen Asters. Schmetterlinge gaukeln. Und ein Brunnen plätschert — und perlmuttern schimmernde Tauben kommen zu uns an den Tisch: da Täubchen — habt ihr unsere Semmelbräsel, wollt ihr auch mal am Cognac nippen? Gufurruh! Gufurruh!

Doch Spaß beiseite. Es wird nun wieder gearbeitet. Frühstück ist um: 8 Uhr 59. 9 Uhr. 9 Uhr 45 Minuten. Jetzt geht das Fleisch vom neuen Schlachthof in die Stadt — mit schnellen Autos: hin in die Gemeinschaftsküchen, denn Hausküchen gibt es nicht mehr. Allemal dreihundert Menschen werden mit Speise aus einer öffentlichen Küche versorgt. Feine Kost — wie Hotelkost. Volkswohl — ist oberstes Gesetz. Anno 2000.

Elf Uhr im Schlachthof. Hühi — die feinen Wurstwaren und die leckeren Schinken. Der Schlachthof produziert vom lebenden Vieh bis zur tafelfertigen leckeren Wurst. Die weißgekleideten Mädchen und Frauen verpacken die Wurst- und Schinkenwaren zu kleinen Paketchen. Jeder Hausstand in der Stadt be-

kommt vom Schlachthof die angeforderte Kaltkost zum Nachtmahl. Soviel Personen — soviele Gewicht. Keiner kommt zu kurz — keiner aber auch kriegt zuviel. Kein Ueberfluß — sondern eine weise Mäßigkeit. Das Jahr 2000 kennt keine übermächtigen Schmerzbäume mehr. Und das ist ein wahres Glück! Karlsruhe ward überflüssig. Auch Baden-Baden.

Der neue Schlachthof. Funkelnd in der Mittagssonne: Glas, Stahl, Beton. Der Ulmenwald rauscht — und der Fluß springt silbern über seine Wehre. Mittag! Zwölf Uhr. Feierzeit! Freizeit! Die Arbeit des Tages ward getan. Denn dieses ist im Jahre 2000 Gesetz: sechsstündige Arbeitszeit für alle. Auch für die Arbeiter und Arbeiterinnen am Fleische!

Der neue Schlachthof entläßt sein Werkvolk. Mittags zwölf Uhr. Sechsstündige Arbeitszeit. — Frühstück eingerechnet. Die Maschine befreite den Menschen von unnützer Fron. Die Maschine tut das Werk — der Mensch beaufsichtigt und kontrolliert die Maschine. Zeitalter des Sozialismus, Sieg der Technik über das Schwerfällige.

Der neue Schlachthof: rot wehen seine Banner im Mittagswinde. Sie geben den fortgehenden Schlachthofarbeitern den Gruß: „Freut euch des Tages, lebet in Freundschaft und Brüderlichkeit, helft euch gegenseitig, seid gemeinnützlich!“

Pipapuff — rittschieratsche, fort sausen die Autos — nach Hause, hin zur Familie, hin zum eigenen Garten — die Hälfte des Tages gehört der Freiheit. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin hat sein eigenes Auto — rittschieratsche: sind wir hier — pipapuff, sind wir dort! Die Maschine gibt uns tausend Beire. Die Maschine macht uns frei, die Maschine verschönt uns das Leben. Anno 2000. Zeitalter des Sozialismus! Max Dornu.

baburg, das man sich dem Verband der Rohrungsmittel- und Getränkearbeiter, Sektion der Fleischer, anschliesst und mit den hier organisierten Kollegen gemeinschaftlich für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sorgt.

Die Fleischerinnung Hannover im Kampfe gegen die Schlachtgruppe.

Seit sieben Jahren besteht auf dem hannoverschen Schlachthof eine Schlachtgruppe, die jetzt 76 Personen stark ist. Die Arbeit wird musterfällig ausgeführt, im Gegensatz zu früher unter dem Innungsmeister Westphal, der mit 18 Gefellen arbeitete.

Schon lange war der Innung die Schlachtgruppe ein Dorn im Auge. Obermeister Schmidt hatte in mehreren Versammlungen den Innungsmitgliedern versprochen, daß die Schlachtgruppe aufgelöst würde, man würde eine derartige einseitige Monopolstellung nicht dulden. Obermeister Schmidt wandte sich an den hiesigen Magistrat und forderte die Auflösung der Gruppe und Bildung einer von der Innung zu gründenden und von Innungsmeistern zu leitenden Gruppe.

Der Kampf zwischen Innung und Schlachtgruppe war ein sehr scharfer. Der Magistrat konnte aber nicht umhin, die Gründe der Schlachtgruppe anzuerkennen und lehnte die Auflösung der Schlachtgruppe ab, da auf Grund der Schlachthofverordnung die Zuständigkeit der Schlachtgruppe vom Magistrat gegeben sein muß. Die Innung wandte sich nun an den Herrn Regierungspräsidenten. Nachdem auch hier die Gründe für und wider gründlegend geprüft waren, wurde auch von dem Regierungspräsidenten der Antrag der Innung abgelehnt.

Nachdem jetzt eine Menderung innerhalb des Dezernats eingetreten ist, glaubt die Innung, ihre Anträge zu wiederholen und von neuem ihre Angriffe gegen die Schlachtgruppe fortsetzen zu müssen, um damit die Brotlosmachung von 76 Fleischergefelln zu erreichen.

Die Schlachtgruppe nahm, nachdem mit dem zuständigen Dezernat und dem Schlachthofauschuß Verhandlungen gepflogen sind, in mehreren Versammlungen zu der Angelegenheit Stellung. Von neuem wurde festgestellt, daß alle die vorgebrachten Beschwerden auf Redereien zurückzuführen sind. Den Wünschen, die Anspruch auf Berechtigung haben, wird die Schlachtgruppe gerne entgegenkommen. Wir warnen aber die Innung, ihren Kampf gegen die Schlachtgruppe mit den bisherigen verwerflichen Mitteln fortzuführen.

Die Kollegen der Schlachtgruppe haben aber alles zu tun, um jeden, auch den kleinsten Mißstand zu beseitigen, denn nur durch sauberes, gutes Arbeiten, zuvorkommendes Behandeln der Kundschaft, kann die Schlachtgruppe gehalten und weiter ausgebaut werden.

Getränke-Industrie

Die Konzentration im Brauergewerbe.

Die Konzentrationsbestrebungen innerhalb der Brauindustrie beschränken sich nicht nur auf Deutschland. Alle europäischen hiererzeugenden Länder sind an diesem Prozeß mehr oder weniger beteiligt. Der Weg von der handwerksmäßigen Erzeugung zur fabrikmäßigen Herstellung im technischen Großbetrieb ist darum gezeichnet durch eine große Anzahl stillgelegter kleiner und mittlerer Brauereien. Es wird versucht, die Latsche der Stilllegung als Krisenerscheinung in der Brauereiindustrie hinzustellen. Dem ist nicht so. Die stillgelegten Betriebe sind nicht Opfer einer periodischen Krise, sie sind vielmehr die Opfer der kapitalistischen Wirtschaft, deren Streben nach Macht den wirtschaftlich Schwächeren rücksichtslos zur Seite schiebt oder seine Existenz vernichtet. Diese Bewegung, in der der Große den Kleinen frisst, um später von den noch Größeren aufgefressen zu werden, ist der Wurm an der Wurzel der kapitalistischen Wirtschaftsweise, der diese über kurz oder lang zu Fall bringen wird. Wir haben keine Ursache, diese Entwicklung aufzuhalten, interessieren uns aber immer aufs neue, in welchem Tempo der Prozeß voranschreitet. Nachstehend die Gegenüberstellung der vorhandenen gewerblichen Brauereien aus den Jahren 1913 und 1926/27:

Table with 3 columns: Country, 1913, 1926/27. Rows include Deutschland, England, Frankreich, Tschechoslowakei, Dänemark, Holland, Belgien, Rußland.

Nach dieser Zusammenstellung ist in der Brauindustrie in Deutschland und England die Konzentration am stärksten vor sich gegangen. Aber auch in den übrigen Ländern ist eine starke Abnahme der Betriebe zu verzeichnen. Deutschland und England sind die Länder gewesen, in denen der ausgeprägte Hochkapitalismus am frühesten zum Durchbruch kam. Hoffen wir, daß diese Länder auch die ersten sein werden, die einer anderen, besseren Wirtschaftsform Eingang gewähren. Zu diesem Zweck müssen die Forderungen der Arbeiterchaft, die gerade in diesen zwei Ländern einen Nachschub bekommen, auf Erweiterung der Mitbestimmung innerhalb der Wirtschaft erhoben werden. Den theoretischen Erwägungen wie sie auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress gepflogen wurden, muß alsbald die praktische Durchsührung folgen.

Ist der Haustrom für Arbeiter in selbständigen Mälzereien steuerfrei?

Mit dieser Frage hatte sich der Reichsfinanzhof zu befassen. Dem nachstehend wiedergegebenen Urteil lag folgender Sachverhalt zugrunde:

Die Brauerei A. wurde vollständig stillgelegt, während die dazugehörige Mälzerei ihren Betrieb aufrechterhielt. Eine Nachbargrauerei schloß daraufhin mit der Mälzerei einen Lohnmälzungs- und Interessengemeinschaftsvertrag und gewährte den in dieser Mälzerei tätigen Arbeitern Haustrom. Die für dieses Bier in Anspruch genommene Steuerfreiheit wurde durch Urteil des Reichsfinanzhofs mit folgender Begründung abgelehnt:

„Es unterliegt keinem Bedenken, auch die im Mälzereibetrieb einer Brauerei beschäftigten Arbeiter zu den Brauereiarbeitern im Sinne des § 3 Abs. 1 des Biersteuergesetzes zu rechnen; denn die Mälzerei befaßt sich mit der Herstellung eines Braustoffes und ist infolgedessen mittelbar an der Herstellung des Bieres beteiligt; sie ist daher als ein Bestandteil der Brauerei anzusehen. Auch der Umstand, daß die Mälzerei räumlich von der Brauereitätte getrennt ist, würde der Gewährung der Vergünstigung nach § 8 Abs. 1 nichts entgegenstehen; denn für die Vergünstigung ist nicht die räumliche Verbindung, sondern der gewerbliche Zusammenhang maßgebend. Wohl aber ist wesentlich, daß die Mälzerei von der Brauerei betrieben wird; denn nur dann handelt es sich um einen Bestandteil der Brauerei und nur dann können die in der Mälzerei beschäftigten Arbeiter als Arbeiter der Brauerei im Sinne des § 3 Abs. 1 des Biersteuergesetzes angesehen werden.“

Im vorliegenden Fall handelt es sich nicht um einen Hilfsbetrieb oder um einen Bestandteil des Brauereiunternehmens, sondern um einen selbständigen Betrieb; denn die Mälzerei stellt das Malz für eigene Rechnung her und erhält hierfür von der Brauerei ein Entgelt. Die Selbständigkeit der Mälzerei findet auch darin ihren Ausdruck, daß sie die in ihrem Betriebe beschäftigten Arbeiter, und zwar auch diejenigen, die ihr von der Brauerei B. zur Verfügung gestellt werden, aus eigenen Mitteln entlohnt. Die in der Mälzerei beschäftigten Arbeiter können daher nicht als Arbeiter der Brauerei B. angesehen werden; eine Steuerbefreiung des Haustroms für die Arbeiter kann somit nicht in Frage kommen. Hieran ändert auch der Umstand nichts, daß die Brauerei B. und die Mälzerei wirtschaftlich durch eine Interessengemeinschaft verbunden ist; denn die Steuerbegünstigung nach § 8 Abs. 1 des Biersteuergesetzes soll nur dem gewerblichen Unternehmen der Brauerei, nicht aber einem wirtschaftlichen Unternehmen zugute kommen, mit dem die Brauerei durch irgendwelche Verträge in Verbindung steht.“

Konditorgewerbe

Kohl.

Der Inhaber der größten Konditorei in Mitteldeutschland, Horst Kohl in Erfurt, der unseren Kollegen noch sehr gut bekannt ist wegen seiner Uebertretung der Schutzgesetze und dafür mit 1000 Mark Geldstrafe vom Erfurter Gericht belegt wurde, hat jetzt seiner Gehilfenschaft wieder ein neues Geschenk gemacht. Horst Kohl hat in seinem Betriebe eine Wertgemeinschaft gegründet und mit dieser einen Tarifvertrag abgeschlossen, welcher jedem sozialpolitischen Verständnis Hohn spricht. Auch ist in diesem Vertrage den gesetzlichen Bestimmungen keineswegs Rechnung getragen. Dieser Herr scheint immer noch nicht zu wissen, daß Sonntagsarbeit verboten ist und daß das Reichsarbeitsgericht in Leipzig in der letzten Zeit erst durch mehrere Urteile den gesetzlichen Bestimmungen den notwendigen Rückhalt verschaffen hat. Ob beim Abschluß dieses Vertrages die Gehilfenschaft des Betriebes unter wirtschaftlichem Druck von Horst Kohl gestanden hat, kann von hier aus nicht sofort untersucht werden, obwohl wir das Gefühl nicht loswerden können, daß der Vorstand dieser Arbeitsgemeinschaft nicht unbeteiligt und sehr verantwortungslos gegenüber der gesamten Konditorgehilfenschaft gehandelt hat. Bei der Aufsichtsbehörde in Erfurt ist gegen diesen Wertarif Beschwerde eingelegt. Wir müssen die Gehilfenschaft warnen, gleichartige Schandverträge zu tätigen, um nicht in ein Zwangsverhältnis zum Arbeitgeber zu kommen.

Wir lassen das wesentlichste des Vertrages folgen:

So regelt der § 1 die Löhne wie folgt: Lohnklasse I (Alter 17 bis 18 Jahre oder 1. Gehilfenjahr) 0,60 Mk., Lohnklasse II (Alter 18 bis 20 Jahre) 0,65 Mk., Lohnklasse III (Alter 20 bis 22 Jahre) 0,70 Mk., Lohnklasse IV (Alter 22 bis 24 Jahre) 0,75 Mk., Lohnklasse V (Alter über 24 Jahre) 0,80 Mk., Lohnklasse VI (Verheiratete) 1 Mk.

Wo bleibt denn da die „Tradition“ der Nichtstundenlöhner? Was sind doch die Monatsjalärempfänger die Standestreppe hinabgestuult. Horst Kohl ist doch sonst so sehr für Standestuhl.

Der § 2 „regelt“ die Arbeitszeit und ist geradezu ungesetzlich. Er jagt: „Die wöchentliche Normalarbeitszeit beträgt 48 Stunden. Diese kann aber bis zu 54 Stunden ausgedehnt werden — und kommt bei der Entlohnung obige Staffel in Frage. Die 49. bis 54. Stunde wird mit 10 Proz. Zuschlag bezahlt. Bei ganz außergewöhnlichen Fällen kann bis zu 60 Stunden gearbeitet werden, und wird dann die 55. bis 60. Stunde mit 25 Proz. Zuschlag bezahlt. Sonntagsarbeit (wenn die 48-Stunden-Woche erreicht ist) wird mit 25 Proz. Zuschlag bezahlt.“

Wo steht in der Bäckereiverordnung, daß die 60-Stundenwoche zulässig ist? Wo bleibt da der § 6 der Bäckerei-

verordnung, der die Sonntagsarbeit verbietet? Wo bleibt die Betriebsvertretung?

Der § 3 jagt, daß „wenn die tägliche achtstündige Arbeitszeit überschritten ist, die geleistete Mehrarbeit (im Laufe von zwei Arbeitswochen) gelürzt werden kann.“

„Der vorstehende, unter Wahrung der Selbständigkeit der Betriebsvertretung abgeschlossene Wertarif tritt am 28. Juni 1928 in Kraft und gilt bis auf weiteres.“

Zu was „unter Wahrung der Selbständigkeit der Betriebsvertretung“? Soll dieser Passus nach außen hin das moralische Mäntelchen für die Diktatur des Meisters Kohl sein? Viel Kohl, aber keine Gröhe.

„Mit kollegialem Gruß“.

Bei „Besuchen“ der Gehilfen um Lohn- oder Gehaltserhöhung, wie es auf gut Standesdeutsch heißt, ist der Standpunkt der Unternehmer von der süßen Kunst immer der, daß die Gehilfen keine Forderungen zu stellen hätten, das wäre anständig. Sie, die Monseurs Prinzipale als Herr im Hause, kämen schon von selbst mit den Moneten heraus, wenn es die Würde oder das Verhaften des Gehilfen erfordere. Aber die Herren können auch sehr herablassend und sogar „kollegial“ werden, wenn sie glauben, damit Vorteile erringen zu können.

Der Konditorgehilfensverein in Kassel erhielt von der Innung ein sehr höflich gehaltenes Schreiben, in dem zum Schluß sehr kollegial begrüßt wurde. Das war den Gehilfen so neu, daß die Versammlung, die sich am 4. September mit ihm beschäftigte, stußig wurde. Die Debatte war sehr lebhaft. Die einen waren der Ansicht, daß die „kollegialen Grüße“ ironisch gemeint seien, andere schlugen vor, auf ein solches Schreiben keine Antwort zu geben, wieder andere meinten, daß solch höfliches Schreiben mit aller Vorsicht zu genießen sei. Schließlich kam man zur genaueren Prüfung des Schreibens und da entdeckte man des Fudels Kern: die Innung möchte gerne die Zustimmung zur zweistündigen Sonntagsarbeit. Man lehnte einmütig ab und berichtete dies der Innung schriftlich mit Hochachtung und ohne den kollegialen Gruß zu erwidern. Der Speck roch doch etwas zu ranzig.

Die Kasseler Konditorgehilfen sehen ein, für was sie mißbraucht werden sollten. Auf dem großen Obermeistertag, der am 19. September stattfindet, soll den Behörden und Abgeordneten etwas vorgekehrt werden. Man will dort glauben machen, daß Gehilfen und Prinzipale einmütig für die Sonntagsarbeit seien. Jedenfalls wird man jetzt dort, wo die „Kollegialität“ der Prinzipale verlagert, etwas Druck ausüben, um Zustimmung aus den Gehilfen zu erpressen. Konditorgehilfen, Augen auf, fällt auf demagogische Kollegialitätsäußerung nicht herein!

Mühlenindustrie

Der übliche Müllerschlaf in Oberschlesien.

Im „Generalanzeiger für Oberschlesien“ sucht Müllereibesitzer Glania, Groß-Peterwitz, einen tüchtigen zuverlässigen Müllergefellen. Darauf meldet sich einer, dem Herr Glania eröffnet:

„Mit 50.— Mk. Monatslohn bei freier Station könne er die Stellung bekommen. Als der Müllergefelle fragt, wie es mit der Arbeitszeit sei, erklärt ihm Glania: „Arbeit haben Sie bei mir immer, am Tage kommen dauernd die Leute, die Sie abfertigen müssen, na und in der Nacht wird gemahlen, da brauchen Sie nur immer vollzuschütten und können dabei auch den sogenannten Müllerschlaf schlafen. Sie wissen!“ Der Müllergefelle wollte aber von diesem angebotenen Müllerschlaf nichts wissen und zog es vor, Peterwitz so schnell wie möglich zu verlassen.

Es ist uns zur Genüge bekannt, daß in diesen Mühlenbetrieben noch Arbeitszeiten von 16 und 18 Stunden üblich sind, denn die oberschlesische Gewerbeaufsicht und die zuständigen Polizeibehörde kümmern sich fast gar nicht um diese dauernde Uebertretung gegen die Arbeitszeitverordnung, sonst könnten derartige Zumutungen an die Müller gar nicht gestellt werden.

Dem Mühlenbesitzer Glania ist es aber nicht vergönnt, allein in der Geschichte der Ausperrung diese traurige Rolle zu spielen, zu ihm gesellen sich noch eine ganze Anzahl anderer, so die Gebr. Jauernik in Pawlowitzke, Spindel, Krappitz, Rabitz, Zygan und eine ganze Anzahl anderer.

Der Arm des Gesetzes ist wahrlich zu kurz in Oberschlesien, um diejenigen zu erreichen, die rücksichtslos ihre Mitmenschen bis zum äußersten ausmergeln, um sie dann öffentlicher Fürsorge zur Verfügung zu stellen. Dieser Ausbeutung für Hungerlöhne kann nur Einhalt geboten werden, wenn die Müllergefellen und übrigen Arbeiter, auch der kleinsten Betriebe, sich dem Verband der Nahrungs- und Getränkearbeiter anschließen, der unentwegt den Kampf rücksichtslos gegen solche Ausbeutung führt.

Gewerkschaftl. Rundschau

Die Aussperrung in der Bekleidungsindustrie.

Die Zahl der Aussperrten ist auf nahezu 40 000 gestiegen. Während die Unternehmer einen fortwährenden Druck auf die aussperrungsunlustigen Elemente ausüben, ertönt immer lauter der Schrei nach Verhandlungen. „Wo bleibt der Reichsarbeitsminister“, so fragt die Textilzeitung. Die Unternehmer möchten so schnell wie möglich an den Verhandlungstisch.

Als Antwort auf die Aussperrung haben die Bekleidungsarbeiter weitgehende Forderungen aufgestellt. Der Schiedspruch, den die Unternehmer und das Reichsarbeitsministerium abgelehnt haben, konnte als Verhandlungsbasis nicht mehr in Frage kommen.

Eine weitere Aussperrung in Sicht.

Die vereinigten Arbeitgeberverbände der Textilindustrie von München-Gladbach, Rhendt und Umgebung haben die Forderungen der Gewerkschaften als unerfüllbar abgelehnt und beschlossen, der gesamten Belegschaft am 15. September zum 29. September zu kündigen.

Genossensch. Rundschau

50 000.

Im Jahre 1918, dem ersten Jahre ihres Bestehens, bauerte es ungefähr fünf Monate, bis bei der Volksfürsorge, der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Versicherungsaktiengesellschaft, 50 000 Versicherungsanträge eingereicht wurden.

Solche großen Erfolge konnten nur erzielt werden, weil die Organe der Volksfürsorge in ihrer Arbeit durch die Organisationen der Arbeitnehmerschaft und die Arbeiterpresse tatkräftig unterstützt wurden.

Ein weiteres Gebiet wird beachert.

Um der Berliner Verbraucherschaft die Möglichkeit zu geben, in vermehrtem Umfange gute und preiswerte Möbel durch die Konsumgenossenschaftliche Warenvermittlung zu beziehen, hat die Konsumgenossenschaft eine Sonderabgabestelle für Möbel aller Art eröffnet.

Allgemeine Rundschau

Sprachkurse. Anfang Oktober beginnen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die neuen Winterlehrgänge (Abendunterricht in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch und Russisch).

Ein ungewöhnlicher Prohibitions-skandal

Ist von der amerikanischen Prohibitionsbehörde auf einer kleinen Insel im Mississippi aufgedeckt worden. Dort hatten acht Weiße einen Negerstamm unterjocht und seit Jahren alkoholische Getränke hergestellt und geschmuggelt.

Internationales. Zur Nacharbeit der jugoslawischen Bäckereien.

In bezug auf die Nacharbeit in den Bäckereien Jugoslawiens ist, wie uns aus Celje mitgeteilt wird, ein Fortschritt zu verzeichnen. Die dortigen Bäckermeister haben lange den Arbeiterschutz ignoriert und haben, da eine Ausführungsverordnung fehlte, sich gar nicht an die Gesetze gehalten.

Arbeitsbedingungen in den Gefrierfleischhäusern Uruguays.

Ein Regierungsdekret vom 27. Januar 1928 regelt, wie wir unserem englischen Bruderorgan entnehmen, die Arbeitsbedingungen in den Gefrierfleischhäusern. Der gesundheitsschädlichen Arbeit Rechnung tragend, hat man beschlossen, nur Arbeiter von 20 bis 45 Jahren einzustellen.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

Verbands-Taschentaler. Von verschiedenen Ortsgruppen sind Bestellungen auf den Verbandstaschentaler noch nicht erfolgt. Wir verweisen nochmals auf unsere Bekanntmachung in Nr. 35 der „Einigkeit“ und erfordern dringend, sofort die Bestellungen der gewünschten Anzahl beim Verbandsvorstand aufzugeben.

Lokalbeitrag. Der Ortsgruppe Ingolstadt wird auf Antrag die Erhöhung des Lokalbeitrages von 5 Pf. auf 10 Pf. wöchentlich mit Wirkung vom 1. Oktober ange-nahmt.

Eingänge bei der Hauptkassa.

- Vom 31. August bis 6. September 1928. (Vollstehende der Hauptkassa: Berlin 12 079, Rahunow-Liste, ... Getränkarbeiter - Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin 113 40.) Bremerhaven 630, Emden 250, ...

- Vom 7. September bis 13. September 1928. Samburg 15 000, Düsseldorf 81,80, Breslau 367,20, Eisenberg 490, ...

Aus den Gauen und Bezirken.

Berlin. Am Sonntag, dem 23. September, dieses Jahres, in der Zeit von 9 bis 3 Uhr findet die

Wahl der Delegierten

zur Delegiertenversammlung in den auf Flugblättern und Plakaten gekennzeichneten Wahllokalen statt. Es ist Pflicht jedes Mitgliedes, sich an der Wahl zu beteiligen. Die Wahlbeteiligung wird durch Stempeldruck kontrolliert.

Die Bezirksleitung.

Adressenänderungen.

In einer Reihe von Ortsgruppen haben die Adressen eine Änderung erfahren. Wir bitten nachstehende Veränderungen zu beachten. Uchersleben: B. Otto Brod, Mittelstr. 15b.

Literarisches

„Gesundheit“, Zeitschrift für gesündliche Lebensführung des heutzutageigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Str. 137.

Anzeigen

Wir suchen

zum 1. November 1928 eventl. schon früher für unsere neu einrichtenden Fleischladen

1 Ladenmeister

Derselbe muß schon als Verkäufer in Fleischläden tätig gewesen sein. Bemerkungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit sind umgehend einzureichen beim

Konsum-Berein Herford u. Umgegend e. G. m. b. H., Herford, Mindener Str. 7

Nachruf. Am 2. September, dem 8. September, verstarb infolge eines Unfalles unser Verbandskollege, der Helfer Julius Lampe.

Nachruf! Am 8. September verstarb unser Kollege, der Hilfsarbeiter Hermann Reutenfeld

Nachruf! Am 27. August 1928 verstarb unser Kollege, der Kraftfahrer Gustav Rinn.

Nachruf! Unserm Kollegen Hermann Richter und seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zum Silberhochzeit sowie zu ihrem fünfzigsten Geburtstage.

Nachruf! Unserm Kollegen Franz Achenberger und seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Nachruf! Unserm werten Kollegen Georg Neubauer und seiner lieben Frau nachträglich die besten Glückwünsche zur Vermählung.

Nachruf! Unserm Beihandstoll, Wilhelm Reich, Kaufmann, nachträglich die besten Glückwünsche zur Vermählung.

Nachruf! Unserm Kollegen W. H. Hilmann und seiner Frau zum Silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Nachruf! Unserm Kollegen und Kollegen des Bergischen Kraftfahrervereines, Düsseldorf, ...

Unserm langjährigen Betriebsratsvorsitzenden Kollege Konrad Hopfen-gärtner zu seinem 25-jährigen Arbeits-jubiläum die besten Glückwünsche.

Unserm Kollegen, dem Brauer Emil Stein, nebst seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit.

Unserm Kollegen Adam Adelmann, Föder, nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Unserm Kollegen, dem Brauer Emil Stein, nebst seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit.

Unserm Kollegen, dem Brauer Emil Stein, nebst seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit.

Unserm Kollegen, dem Brauer Emil Stein, nebst seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit.

Unserm Kollegen, dem Brauer Emil Stein, nebst seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit.

Unserm Kollegen, dem Brauer Emil Stein, nebst seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit.

Unserm Kollegen, dem Brauer Emil Stein, nebst seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit.

Advertisement for Benedikt Fuchs, Lobes No. 15, bei Pilsen, Böhmen. Includes an image of a shoe and text describing the product.

Jugendtreffen in Hamburg.

Anlässlich des Gewerkschaftskongresses fand ein Jugendtreffen statt. Die Beteiligung war außerordentlich stark. Mehr als 20 000 jugendliche Arbeiterinnen und Arbeiter strömten aus allen Ecken des Reiches zusammen, um zu bekunden, daß sie treu zur Fahne der freien Gewerkschaften halten. Besonders erfreulich war die zahlreiche Beteiligung unserer jugendlichen Mitglieder. Vom Gau Rheinland-Westfalen waren mehr als 200 Kolleginnen und Kollegen erschienen. Aus Duisburg, Essen, Elberfeld-Barmen, Dortmund, Bochum, Andernach und vielen anderen Orten. Von der Ortsgruppe Essen waren allein 50 unserer jugendlichen Kämpfer und Kämpferinnen anwesend.

Am 1. September fand eine große Demonstration vor dem Gewerkschaftshaus Hamburg statt. Leider wurde diese eindrucksvolle Kundgebung durch ein Verbrechergesindel, das von der kommunistischen Partei gedungen wurde, gestört. In geradezu widerlicher Weise drangen Hooligans mit gezücktem Messer auf die freigewerkschaftlich organisierte Jugend ein. Wir können uns nicht denken, daß dieser Abichaum von Menschen der kommunistischen Sache dienen wollte, sondern sind zu der Überzeugung gekommen, daß sie die Interessen der Kapitalisten verteidigen wollten. Trotz dieser Störungen verlief die Kundgebung in eindrucksvollster Weise.

Am 2. September tagten in den verschiedenen lokalen Versammlungen der einzelnen Organisationen. Unsere Mitglieder fanden sich im Gemeindehaus, dem Nebungstokal des Gesangsvereins „Amicitia-Concordia“ in St. Georg zusammen. Besonders eindrucksvoll war der Aufmarsch unserer Kollegen aus dem Gau Rheinland-Westfalen. Unter Vorantritt unserer Essener Jugendkapelle marschierten sie in geschlossenem Zuge vor das Versammlungstokal. Die Feier selbst war eindrucksvoll und wird noch lange im Gedächtnis der Beteiligten bleiben. Der hiesige Gesangsverein „Amicitia-Concordia“ eröffnete die Feier mit dem Kampflied „Sturm“, das von den jugendlichen Kräften wirksam zum Vortrag gebracht wurde. Kollege W a r n e r begrüßte die erschienenen jungen Kameraden und Kolleginnen aus dem Reich im Namen der Ortsgruppe Hamburg. Einige Musikstücke des Mandolinenslubs „Favorit“ wurden mit feierlichem Beifall aufgenommen.

Kollege S a n k e s vom Verbandsvorstand hieß im Auftrag der Organisationsleitung die erschienenen Kolleginnen und Kollegen willkommen und überbrachte ihnen die Grüße des Vorstandes. In seinen Ausführungen verwies er auf die überaus schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse der jugendlichen in den Gründungsjahren der gewerkschaftlichen Organisationen. Es herrschte damals ein Kieselwandel bei unheimlicher Ausbeutung in allen Berufen. Nirgends fand die Jugend Schutz gegen die Anmaßungen des Unternehmertums und kein Gesetzgeber fand sich bereit, diesen Auswüchsen Einhalt zu tun. Erst durch das Eingreifen der gewerkschaftlichen Organisationen konnte der gesetzliche Jugendschutz er-

möglicht werden. Heute haben wir die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß auch für die jugendlichen Arbeiterinnen und Arbeiter sowohl in den zahlreichen Tarifverträgen wie auch in der Arbeiterschutzbewegung die Interessen wahrgenommen werden. Damit wollen wir nicht ruhen, sondern weiterstreben zur Erreichung unseres Zieles. Die Jugend wird das Erbe ihrer Vorfahren wie ein Kleinod schützen müssen und sie wird bestrebt sein, alle unsere Errungenschaften weiter auszubauen und weiter zu formen zu unserem Endziel. Nach weiteren Gesangs- und Musikvorträgen fand die eindrucksvolle Feier ihr Ende.

Nun marschierten in geschlossenem Zuge die Versammelten zur großen Demonstration nach dem Rathausmarkt. Hier sprach der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Kollege Leipart, über die Aufgaben und Ziele der freigewerkschaftlichen Jugendbewegung im Staate. Mit einem brausenden Hoch auf die freien Gewerkschaften schloß diese eindrucksvolle Kundgebung. Hierauf marschierten unsere jungen Kameraden und Kolleginnen nach dem Gewerkschaftshaus.

Der Freiheitskampf.

Auf! Auf! Gefallen reißt euch ein,
Wir wollen Kämpfer der Freiheit sein,
Kämpfer für Gleichheit und Recht,
Kämpfer für ein starkes Menschengeschlecht.

Was — ihr zaudert und jagt?
Was ist's, daß keiner es wagt
Den Hammer zu heben zum wuchtigen Schlag,
Daß Sonn' uns erhelle den dunkelsten Tag.

Auf! Jaudert und zögert nicht,
Es kommt das große Gericht;
Drum Auf! hand ans Werk,
Wir stürmen den Kapitalistenberg.

Sturm? Sturm? Vorwärts, Sturm!
Das Freiheitsbanner weht vom Turm;
Es ruft die Fahne, die blutig rot;
Uns gilt der Sieg, dem Spießher Tod!

H. B.

Noch bei keiner Demonstration waren in dieser großen Anzahl unsere jugendlichen Mitglieder beteiligt. Wir wünschen, daß dieser Aufmarsch unsere Jugendbewegung in rascherem Schritte vorwärtsbringen wird. Heute sind bereits in unserem Verbandsverbande über 6000 Lehrlinge und Jugendliche vereinigt. Damit wollen wir nicht ruhen, sondern weiterstreben, denn noch viele Tausende der jugendlichen stehen unseren Idealen fern und diese zu gewinnen muß Aufgabe eines jeden in der Agitation tätigen Kollegen sein.

Wir müssen in allen Ortsgruppen Jugendabteilungen errichten. Wir müssen dort unsere

jugendlicher Mitarbeiter von den gewerkschaftlichen Zielen und Zwecken überzeugen, wir müssen ihnen als treue Kameraden führend vorangehen und sie schützen gegen die Ausbeuterwillkür des Unternehmertums. Unsere Jugend wird der Träger unserer gewerkschaftlichen Errungenschaften sein. Sie wird auf dem von uns gebahnten Wege weiterstreben zur Erreichung unseres Endzieles. Möge die Hamburger Kundgebung in allen Verbandsorten freudige Mitarbeit an der Gewinnung der Jugend für unsere gewerkschaftlichen Ideen auslösen.

Lehrlingsausschüsse.

Wer führt den Vorsitz?

Auf Grund eines Streitfalles nimmt der preussische Handelsminister in einem Erlaß vom 5. Juli d. J. zu der Frage Stellung, wie der Vorsitz in den auf Grund des Arbeitsgerichtsgesetzes gebildeten Ausschüssen zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Innungsmitgliedern und ihren Lehrlingen geregelt werden soll. Der Minister betont in diesem Erlaß, daß nach wie vor das Innungsstatut über die Regelung des Vorsitzes Bestimmungen zu treffen hat, da die neuen Ausschüsse, ebenso wie die bisherigen Organe der Innung sind und daß die Bestellung des Organs, also auch die Bestellung des Vorsitzenden, nach der Gewerbeordnung der statutarischen Regelung überlassen bleibt. Eine Bindung liegt nur insoweit vor, als durch die Bestellung des Vorsitzenden die paritätische Zusammensetzung des Ausschusses nicht in Frage gestellt sein darf. Es könne daher entweder ein unparteilicher Vorsitzender oder ein Arbeitgeber oder Arbeitnehmer berufen werden. Diesem stehe ein Stimmenscheid bei Stimmgleichheit allerdings nicht zu.

Durch diese Entscheidung wird die Parität in den Lehrlingsausschüssen stark eingeschränkt.

Lehrlingsbewegung in den österreichischen Gewerkschaften.

Von den freien Gewerkschaften in Oesterreich wird der Organisation der Lehrlinge großes Augenmerk geschenkt. In ihrer Tätigkeit werden sie durch die österreichische Arbeiterkammer und dem Wiener Berufsberatungsbüro durch die Herausgabe einer gut geleiteten Zeitschrift für die Jugend unterstützt. In dieser Zeitschrift werden vor allen Dingen die Fragen des Jugend- und Lehrlingschutzes recht eingehend behandelt, und wir wünschen dringend, daß sich die deutschen Gewerkschaften diese Zeitschrift zum Vorbild machen. Anfang des Jahres 1928 betrug die Zahl der organisierten Lehrlinge 7142, und Ende Juni 1928 wurden bereits 14 000 überschritten. Die stärkste Lehrlingssektion ist im Metallarbeiterverband vereinigt, an zweiter Stelle stehen die kaufmännischen Lehrlinge und Lehrlingmädchen, dann folgen die Bauarbeiter und die graphischen Verbände.

Der Redner.

Humoreske von Anton Barlowitsch Tschichow.

Eines schönen Tages wurde Oprill Iwanowitsch Bawilowow, der Sekretär des Kollegiums zu Grabe getragen; zwei Krankheiten waren schuld an seinem Tode, welche Krankheiten in unserem Vaterlande sehr verbreitet sind: Jagdliche Frauen und der Wurst. Als der Leichenzug bereits von der Kirche zum Friedhofe aufbrach, warf sich ein Antisozialer des Verstorbenen, ein gewisser Poplawitsch, in einen Wagen und eilte zu seinem Freunde Grigorij Perowitsch Sapoitin; dieser war noch ein junger Mensch, doch hatte er schon einen ziemlich bekannten Namen. Sapoitin war ein seltsames Talent: er konnte aus dem Stregreif eine Hochzeits-, Jubiläums- oder Leichenrede halten. Er sprach auf Kommende, im Halbchloß, auf nüchternen Magen, herunter, im Fieberfrost. Seine Rede floß wie das Regenwasser aus der Rinne: gleichmäßig und glatt. Feierliche Worte gab es in seinem unerhöplichen Worterbuch mehr, als Schwaben in irgendwelchem besseren Restaurant. Dabei sprach er immer gepfeift und lang: so sehr, daß man ihn auf hochzeiten oft mit Gewalt zum Schweigen bringen mußte.

„Gut, daß ich dich finde,“ begann Poplawitsch sofort als er ihn zu Hause antraf. „Ich bitte dich, ziehe dich rasch an, du kommst sofort mit mir. Es ist von uns jemand gestorben, lieber wage man ihn auf den Friedhof hinaus, man sollte an seinem Grabe irgendeine Dummetz sagen. Ein anderer kann das nicht. Wäre er ein Mensch von unzergerdeter Stellung gewesen, hätte man dich in Ruhe gelassen, aber ja, er war immerhin ein Sekretär, eine maßgebende Person im Amt, ohne Rede schließt es sich ja doch nicht...“

„Der Sekretär!“ sprach Sapoitin gähnend. „Der Trunkenbold?“

„Ja, es wird einen Schmaus geben, es wird zu essen geben, den Wagen bezahle ich, komm' nur! Halte beim Grabe irgendeine gezielte Rede, du wirst sehen, man wird sich erkenntlich zeigen.“

Sapoitin ging gerne. Er zerkaufte sich das Haar, steckte sein Gesicht aufs Melancholische ein und machte sich auf den Weg.

„Ich habe den Sekretär gekannt,“ sagte er, als sie sich in den Wagen setzten. „Einen solchen Gauner, eine solche Bestie findet man selten.“

„Es schließt sich nicht, Grisha, von einem Toten so zu sprechen.“

„Gut, gut — er war aber trotzdem ein Schuft!“

Sie hielten den Trauerzug ein und schlossen sich ihm an.

Man trug den Toten langsam — inzwischen hatten die Freunde auch dreimal Zeit in eine Schenke einzutreten — ein Gläschen für sein Seelenheil zu leeren.

Auf dem Friedhofe gab es noch ein Abschiednehmen. Die Schwiegermutter, die Gattin, die Schwägerin, sie alle weinten, wie es sich gehörte. Die Frau schrie auch noch, als man den Sarg in die Erde hinunterließ. „Lasset mich zu ihm,“ schrie sie wohl, aber ins Grab fiel sie doch nicht, — gewiß fiel ihr noch rechtzeitig die Pension ein. Sapoitin wartete, bis alles still wurde, dann ließ er seinen Blick über die Trauergäste schweifen und begann:

„Welches Auge, welches Ohr kann das glauben? Ist es nicht ein lächerlicher Traum, dieses Grab, diese verweinten Augen, dieses Klagen und Jammern? Ach, es ist kein Traum, was das Auge sieht, ist kein Trugbild. Den wir noch vor kurzem lustig und lebens-

froh, jung und rein gesehen haben, der nach gestern fleißig wie eine unermüdete Biene den Honig in den Bienenkorb des allgemeinen Bemühens trug, der ... nun liegt er hier, nun ist er Staub und Asche, ein flüchtiges Trugbild und ein Traum. Der unbarmherzige Tod legte ihm die eiskalte Hand auf sein Herz, als er, trotzdem schon das Alter auf seine Schultern drückte, noch voller Hoffnungen war, noch die Morgen-dämmerung einer schöneren Zukunft erwartete. Ein entsetzlicher Verlust! Wer wird sein würdiger Nachfolger, sein Stellvertreter sein? Gute Beamte haben wir genug, aber einen Profosi Ossipowitsch gibt es nicht mehr. Er war bis auf den Grund seiner Seele ein Mensch der Pflicht, er schonte keine Kraft, er machte die Nacht zum Tage, er war uneigennützig, unbestechlich. Wie hat er immer jene verachtet, die sich bemühten, ihn durch eitle Güter von dem unerbittlichen Wege der Pflichterfüllung abzulenken. Wir waren Zeugen, ja wir waren Zeugen wie er oft sogar sein beschiedenes Gehalt zur Unterstützung seiner in Not geratenen Kollegen hergab, hier, vor unseren Ohren haben ihn mit lauten Worten, Witwen und Waisen beweint, die an ihm ihren wärmsten Wohltäter verloren haben. Er war derart nur ein Mann der Pflicht und der Wohltätigkeit, daß er nie die Freuden des Lebens gekostet hat; daß er selbst den Freuden des Familienlebens entsagte. — Sie alle wissen es ja ebenso gut wie ich, daß er bis an sein Lebensende ein Junggeselle geblieben ist. Und wer hat ihn als Freund vertreten? O, ich sehe auch jetzt noch sein rasiertes, liebes Gesicht, sein gültiges Lächeln, ich höre seine warme, einschmeichelnde Stimme. Ruhe in Frieden, Profosi Ossipowitsch! Ruhe, mackerer, edler Arbeiter.“

Sapoitin schloß seine Rede fort aber die Zuhörer flüsterten miteinander. (Schluß folgt.)